Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 14. | Dresden, Montag den 19. Januar 1914. | 25. Jahrg.

Oberst v. Reuter erhielt den Roten Adlerorden.

Auf dem reaktionären Preußentag erging sich Generalleutnant v. Wrochem in Schmähungen gegen den Reichstag.

Die Militärpolitische Korrespondenz teilt mit, daß in den christlich-reaktionären Kreisen der Wunsch bestehe, die Verfassung von Elsaß-Lothringen möge zeitweise aufgehoben werden.

Essad Pascha hat die Gegend von Elbassan und Podhradez in Besitz genommen.

Auf der japanischen Insel Sakurashima haben Vulkanausbrüche neue Paniken hervorgerufen.

Oberst v. Reuter im Ordensglanz.

Ordenskram ist für den freidenkenden Staatsbürger ein [illegible]iges äußerliches Unwesen. Höchstens dazu gut, im absolutistischen Staatswesen strebender Leute Eitelkeit zu reizen. Wenn aber der letzte Ordenssegen, der beim Berliner Ordensfest niedergeht, just den Obersten v. Reuter, den Helden von Zabern, erfaßt, so ist das ist eine besondere Angelegenheit, ein Symptom unserer Zustände.

Es mag sein, daß der Oberst v. Reuter gerade „an der Reihe“ war, einen Orden zu bekommen. Aber wahrscheinlicher ist, **daß der preußische Kriegsminister v. Falkenhayn eine Demonstration beabsichtigte**, da er den Obersten zur Ordensverleihung vorschlug. Der Oberst v. Reuter, der sozusagen wegen schwerer Vergehen auf der Anklagebank saß, gegen den selbst der ihm seelenverwandte Anklagevertreter eine wenn auch geringe Gefängnisstrafe beantragte, erhielt sich den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife auf die tapfere Heldenbrust.

Sozialdemokraten, die Ordenskrimskrams verlachen, legen auf diesen roten Piepmatz nicht weiter irgendwelches Gewicht. Was aber müssen gerade die gutgesinnten Staatsbürger zu dieser militaristischen Demonstration sagen, die eine Provokation ist! Es ist offenbar, daß gewisse Leute es darauf anlegen, das gewöhnliche Bürgervolk aufs äußerste aufzureizen.

Uns Sozialdemokraten gefällt das alles ganz ausgezeichnet. Nur immer weiter so!

Die echten Preußen.

Der „Preußenbund“ — das heißt der Bund der preußischen Reaktionäre gegen das preußische Volk — hielt einen Preußentag ab. 250 echtpreußische Mannen versammelten sich, wie es sich gehört, in einem Saale des preußischen Dreiklassenhauses unter Führung v. Heydebrands. Hohe Staatsbeamte und Offiziere z. D. bildeten das Publikum.

Die Veranstaltung begann mit dem üblichen Huldigungstelegramm an den Kaiser und wurde ausgefüllt mit fabelhaft[illegible]nden Reden von „Preußens Eigenart“ und von der Notwendigkeit, dem Ansturm des „demokratischen Pöbels“ zu wehren. In der Ansprache v. Heydebrands wimmelte es von den beliebten Wendungen: „echtpreußischer Geist“, „gute Sachen“, „brave Preußen“, der „preußische Gedanke“ —, gemeint ist stets die konservative, junkerliche, militaristische Vorherrschaft.

Eine Glanzleistung vollbrachte der Generalleutnant a. D. v. Wrochem. Er sprach über „das preußisch-monarchische Heer, gegen das sich nun der Ansturm der Demokratie und besonders der Sozialdemokratie im Reichstage richtet“. Der Generalleutnant fuhr fort:

> Obgleich staunenswert wenige Soldatenmißhandlungen vorkommen, wird jedes rauhe Wort vor den Reichstag gezogen. Ja, sollen denn unsere Soldaten alte Weiber werden? (Sehr gut!) Die **Anträge der Erzberger, Scheidemann und Genossen** bei der Wehrvorlage waren **dreiste und unverschämte Anmaßungen des Reichstags** gegenüber der Kommandogewalt. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Als unsere Truppen in Zabern nach dem Versagen der Zivilbehörden sich die gemeinen Rüpeleien nicht gefallen ließen, ertönte ein Wutgeheul nicht nur in der Presse, sondern auch **in der höchst gemischten Gesellschaft**, die sich heute **deutscher Reichstag nennt**. (Stürmischer Beifall.) Daß eine solche Gesellschaft preußische Offiziere Hochverräter nennen und den Reichskanzler niederschreien? Nur der Kriegsminister fand den richtigen Ton. Die Regierung aber muß den Willen zur Tat und auch zum Kampfe haben! Erhalten wir **unser Preußen, unser Herrenhaus und unser preußisches Wahlrecht!** (Stürmischer Beifall.)

Ein sehr vornehmer Mann dieser Generalleutnant. Kann schimpfen wie ein ungezogener Bube. Der Deutsche Reichstag wird sich durch des Generalleutnants Wrochem wüstes Geschimpf nicht beleidigt fühlen. Es ist auch wirklich schrecklich, daß nicht bloß der Adel und seinesgleichen die Zusammensetzung des Parlaments bestimmen, daß auch Bürger und Arbeiter ein wenig mitzureden haben. Das preußische Herrenhaus mit seinen „getreuen Gesetzgebern“ und die Dreiklassenwahlgemeinheit sind den Aristokraten à la Wrochem natürlich viel lieber.

Der echte Preußentag sandte ein Danktelegramm an den Kriegsminister v. Falkenhayn. Darauf wurde vorgeschlagen, auch an den Reichskanzler ein Telegramm zu senden. Es erfolgten Rufe lebhaften Widerspruchs: Keineswegs! **Eher an Oberst v. Reuter!** Schließlich wurde jedes weitere Telegramm abgelehnt. Also der arme Bethmann ist von den Echtpreußen nicht für würdig befunden worden. Falkenhayn heißt der Mann ihrer Gnade.

Schließlich fehlte bei der reizvollen Gesellschaft auch der Kirchenmann nicht. Der Superintendent Rodenbeck erklärte, auch die Geistlichen in ihrer großen Mehrheit ständen fest und treu zu dem „von Gott gewollten Preußenbund“. Du sollst den Namen deines Herrn nicht mißbrauchen, heißt es zwar in der Bibel. Aber ein echtpreußischer Geistlicher weiß ganz genau, daß der liebe Gott im Himmel unbedingt ein Gott der preußischen Junkerherrschaft sei. Was würde der Stifter der christlichen Religion zu diesen Gotteslästerungen sagen?

*

Es wird uns über den frommen Preußentag noch von anderer Seite geschrieben:

Man hat in der Reichspolitik die Worte „antinational“, „vaterlandslos“ und „reichsfeindlich“ abwechselnd gegen Linksliberale, Zentrum und Sozialdemokratie mißbraucht. Heute muß man wenigstens den nichtkonservativen bürgerlichen Parteien den Namen von nationalen Parteien zugestehen und auch gegenüber der Sozialdemokratie verfängt der nationale Schwindel längst nicht mehr. Das Wort „deutsch“ ist, zum Vorteil des Deutschtums, mit keinem Parteibegriff mehr verbunden.

Wird aber das Wort „Preuße“ genannt, so taucht sofort jedermann das unangenehme Bild eines schneidigen Herrn der höheren Stände auf, des Vertreters einer ganz bestimmten Sorte von Weltanschauung, die sich in dem schnarrend ausgesprochenen Ruf „Autorität!“ ausdrückt. Und als „Autorität“ oder wenigstens als ein sehr wesentliches Stück davon erscheint der schneidige Herr selbst, der Offizier, Polizeibeamter, **Großgrundbesitzer ist oder es wenigstens in seinem äußeren Gehaben zu sein scheinen möchte, ein überlegener Geist, der mit stupider Frechheit auf alle Aeußerungen einer überlegenen Kultur im Ausland wie im Inland verächtlich herabsieht, der mit dem ganzen bornierten Hochmut des „Geborenen“ über alle Regungen des Volksgeistes sporenklirrend** hinwegschreitet.

Spricht man von Deutschland, so denkt man an Schiller und Goethe, Kant und Fichte, an den volkstümlichen Zug der Freiheitskriege, an 1848, an die Entwicklung zum Industriestaat und an den gewaltigen Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse.

Spricht man von Preußen, so denkt man an Kasernen und Polizeiwachtstuben, an Dreiklassenwahlrecht, Herrenhaus, Gutsbezirke, Klassenjustiz, Ausweisungen, an den edlen Januschauer, an die Zaberner Affäre und den Kölner Polizeiprozeß.

Das kommt daher, daß in Preußen alles, was nicht reaktionär ist, nichts zu sagen hat, daß Preußen die Domäne der konservativen Parteiherrschaft ist. Wenn nun „preußisch“ soviel bedeuten soll wie konservativ, so ist das für die konservative Partei natürlich äußerst vorteilhaft: Sie belegt damit einen ganzen großen Staat für sich. Aber dem preußischen Staat — gar nicht zu reden vom preußischen Volk — ist mit dieser Gleichsetzung sehr schlecht gedient; denn aller berechtigter Haß, der sich gegen die Konservativen wendet, wird dadurch zum Haß gegen den konservativ regierten preußischen Staat.

Der so gefällig zur Schau getragene preußische Patriotismus ist ebenso sehr ein verlogenes konservatives Parteikunststück wie der zurzeit in die Garderobe gelegte deutschnationale Patriotismus. Bei der proklamierten Personalunion zwischen Preußentum und konservativer Partei macht die konservative Partei die besten, der preußische Staat aber die schlechtesten Geschäfte. Der ungeschriebene § 1 des Preußenbundes lautet: Der Bund stellt sich die Aufgabe, dem preußischen Staat innen und außen soviel Feinde wie möglich heranzuziehen.

Daß der Preußenbund an diesem feinen Zweck erfolgreich arbeitet, soll nicht bestritten werden. Und auch die Tatsache, daß er die hingebungsvolle Förderung einer weitsichtigen, über den Parteien stehenden Regierung gefunden hat, wird dem künftigen Geschichtsschreiber Preußens nicht entgehen.

Das Kölner Panama.

Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, erging am Sonnabend das Urteil gegen unser Kölner Parteiblatt. Genosse Sollmann wurde zu der vom Staatsanwalt beantragten Strafe von 500 M. und Tragung der Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Dem Angeklagten käme der Schutz des § 193 zugute, da er in dem Bestreben nach Beseitigung von Mißständen gehandelt habe, aber Straflosigkeit könne er nicht beanspruchen, da er in der Form weit über das erlaubte Maß hinausgegangen sei; in seinem an sich billigenswerten Bestreben habe er die Wahrung der berechtigten Interessen überschritten.“

Zum Unterschied vom Kölner Gericht werden weite Kreise des Volkes der Ansicht sein, **daß unser Bruderblatt in der Kritik der Kölner Korruption eher zu milde, denn zu scharf gewesen ist.** Schreibt doch sogar die Post:

> Für die Kölner Polizeibehörde bildete dieser Prozeß kein Ruhmesblatt. Man wird gut tun, aus seinem Ergebnisse dort und anderwärts die dringlichen Lehren zu ziehen, damit mit aller Tatkraft Mißständen vorgebeugt werde, die wahrlich nicht dazu angetan sind, **das Ansehen der Polizei in den Augen der Bürgerschaft zu heben.**

Schärfere Worte der Kritik findet das Berliner Tageblatt:

> „Man soll mit dem Wort „Panama“ nicht freigebig sein, aber hier ist es wirklich einmal am Platze. Denn Kommissare und Inspektoren einer königlichen Polizei, das sind doch wohl in der Regel Leute, die aus dem Offiziersstande hervorgegangen sind! Auf sie lassen sich die mildernden Umstände kaum anwenden, die eine gesinnungstüchtige Presse für die Feldwebel und Zeugleutnants in Anspruch nahm, denen Angestellte der Firma Krupp mit Bier und Butterbrot die Zunge gelöst hatten ... Wer es für richtig hält, daß die Staatsgewalt zuerst die Aufdeckung schwerer moralischer Schäden strafrechtlich verfolgt, bevor sie sich auf die Schäden selbst einläßt, der mag darin ja wohl „mildernde Umstände“ entdecken und für eine seit Jahrzehnten eingebürgerte Korruption schließlich auch das preußische Bürgerrecht in Anspruch nehmen. Wer dagegen nicht nötig hat, die unverfälschte Schönheit seiner preußischen Gesinnung zweimal täglich zu beteuern, der wird mit ehrlichem Bedauern und mit begründeter Sorge bekennen müssen: der preußische Dreiklassenstaat ist krank, schwerkrank. Für diese Krankheit ist der Kölner Polizeiskandal eins der häßlichen Symptome, die je zutage getreten sind.“

Die Köln. Zeitung erfährt von zuständiger Stelle, daß von dem Regierungspräsidenten gegen die in Köln angestellten Polizeiinspektoren Wolsch, Landschulz und Eiben das **Disziplinarverfahren** mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte und die sofortige Amtssuspension verfügt worden ist. Ueber die gegen den Polizeiinspektor Kauß zu ergreifenden Maßnahmen werde der Regierungspräsident in Hannover befinden. Doch damit ist wenig getan. Nicht einzelne Beamte sind daran schuld, daß sich in Köln und „anderswo“, um mit der Post zu reden, der Backschisch eingebürgert hat, sondern **das preußisch-deutsche System, daß die Polizei als göttliche Gewalt über das Volk setzt.** Unser Kölner Bruderblatt, das seinen Kampf mit gutem, journalistischem Geschick durchgeführt hat, schreibt sehr richtig:

> Gerade an diesem Punkte zeigt sich die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik, die, anstatt an Aeußerlichkeiten zu haften, den tieferen Ursachen der Korruptionserscheinungen nachforscht und aus ihnen die Notwendigkeit einer **demokratischen Kontrolle des Beamtenkörpers** herleitet, der kein selbständiges Gebilde, sondern mit dem Volke da draußen organisch verbunden sein soll. Sehr vielen und sehr schlimmen Unrat haben wir in diesem Prozeß überhaupt nicht aufrühren wollen, auch manche Person haben wir mitleidsvoll geschont, die ebenso sicher in den Abgrund gepurzelt wäre wie andere — wir wollten nicht unnötig Existenzen vernichten und haben darum die Beweiserhebung auf das Allernotwendigste beschränkt.

Wenn sich jetzt maßgebende Stellen mit noch so bescheidenen Reformen beschäftigen, so ist das der Kritik der sozialdemokratischen Presse zu danken, die sich in der Kritik öffentlicher Mißstände auch durch die unverständlichsten Gerichtsurteile nicht beirren lassen wird.

Reaktionäre Sehnsucht.

Die Herren Militaristen haben Oberwasser, sie wagen sich immer weiter hervor. — Die Mil.-pol. Korrespondenz erklärt, daß man in gewissen Kreisen geneigt ist, die Verfassung von Elsaß-Lothringen zeitweise aufzuheben. Sie schreibt angeblich auf Grund einer Umfrage in Abgeordneten- und Bundesratskreisen:

> Schon spricht man im Reichstage von der Möglichkeit eines Regierungsantrags, der auf die **zeitweise Aufhebung der elsaß-lothringischen Verfassung** abzielen könnte, und erwägt die politischen Gruppierungen für den Fall, daß es darüber zu einer Auflösung des Parlaments käme. Der Reichskanzler hat in seiner Abgeordnetenhausrede vom 15. dieses Monats in auffälliger Häufung die ernsten Zeiten betont, in denen wir leben, und denen wir entgegengehen. Es liegt durchaus nahe, daß eines Tages die große politische Kabinettsfrage dahin gestellt wird, ob oder nicht wir es weiter zulassen dürfen, daß die französische und franzosenfreundliche Minierarbeit in der westlichen Grenzmark das Verteidigungsglacis gegen den immer stärker rüstenden Osten bis zu einem Maße unterhöhlt, um die notwendigen landesverteidigungsmäßigen Sicherheiten ernstlich zu gefährden.

Die Regierung dürfte es sich sehr überlegen, ehe sie diesem scharfmacherischen Wunsch nachkommen und einen entsprechenden Antrag im Reichstag einbringen wird. Der Unterstützung der Konservativen wäre sie allerdings dann sicher. Bethmann-Hollweg würde sich vielleicht die verloren gegangene Gnade der Konservativen wieder gewinnen können. Er wird zwar zurzeit von den Konservativen wenigstens äußerlich ziemlich milde behandelt. Aber man läßt doch immer wieder deutlich erkennen, daß man nicht sehr zufrieden mit ihm ist. So erklärt die parteiamtliche Konservative Korrespondenz, die sich mit der Debatte im preußischen Abgeordnetenhause befaßt, daß zwar von einer Kriegserklärung gegen den Reichskanzler gar keine Rede gewesen sein könne, aber sie betont ausdrücklich, Heydebrand habe gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anschauungen des Ministerpräsidenten nicht frei von Fehlern und Lücken seien. Ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ruhig will man mit Herrn v. Bethmann-Hollweg zusammenarbeiten, so gut es geht. Die Konservative Korrespondenz sagt hierüber:

„In hohem Maße bemerkenswert waren die Worte, die Herr von Heydebrand über die Zusammenarbeit aller derjenigen sprach, die mit uns die notwendige Sorge für unser preußisches Vaterland und für unser Deutsches Reich haben müssen. Dazu rechnen wir auch die Regierung auf Grund der Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident über die wichtigen Punkte abgegeben hatte. Die konservative Partei ist sich der staatsrechtlichen Notwendigkeit durchaus bewußt, daß sie mit allen diesen Faktoren auskommen muß, und es ist kein Zweifel, daß die Rede des Herrn von Heydebrand von allen denen, die es angeht, als die Schaffung eines modus vivendi angesehen werden muß zur gedeihlichen Zusammenarbeit für die Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches."

Was sollen die Konservativen auch anderes tun, als sich eben mit Bethmann, solange er im Amte ist, abzufinden so gut es geht. Offen dürfen sie ja nicht auf den Sturz eines Ministers hinarbeiten. Sie müssen, um nicht mit den stets von ihr verkündeten Auffassungen in Widerspruch zu geraten, wenigstens den Schein wahren, als ob sie sich jeder Einwirkung auf das Sein und Nichtsein von Ministern enthielten. Sind sie es doch, die stets gegen die bösen Leute zetern, die das Recht der Krone, die Minister frei zu wählen, beschränken wollen. Natürlich schließt das alles nicht aus, daß sie hintenherum mit den vielen ihnen durch ihre guten Verbindungen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Bethmann nach Kräften arbeiten. Natürlich fährt auch sonst die reaktionäre Presse fort, sich mit aller Energie dagegen zu wenden, daß irgendwelche Konzessionen an das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes gemacht werden. So schreibt z. B. die Deutsche Tag.-Ztg.:

„Jede Abschwächung der Kabinettsorder von 1820 würde naturnotwendig eine Minderung der militärischen Befehlsgewalt des Kaisers in sich schließen. Wollte Deutschland seiner Armee die Hände binden, weil zuchtlose Burschen, die ohnehin voraussichtlich sich einer wirksamen Bestrafung entziehen dürften, eine Nacht im Kasernenkeller zubringen mußten, dann würde es sich zum Gespött vor dem In- und Auslande machen ... Die Beibehaltung der Kabinettsorder von 1820 ist von grundlegender staatsrechtlicher Bedeutung, weil durch sie erst klar zum Ausdruck gebracht wird, daß das Heer ein Organ der öffentlichen Gewalt ist. Würde sie aufgehoben, so würde der Soldat anfangen, sich bei Befehlen gewisser Art erst ängstlich zu fragen, ob dabei auch die rechtlichen Grenzen innegehalten seien, und ob er sich nicht durch Ausführung des Befehls vielleicht selbst strafbar mache. Käme es aber erst einmal soweit in unserem Heere, dann wäre die festeste Macht der monarchischen Befehlsgewalt und der darauf beruhenden vollen Demokratie in dieser Frage umso unbegreiflicher, als sich in den letzten Wochen doch wohl deutlich genug gezeigt hat, daß die Stimmung des Volkes gar nicht hinter der Windmacherei der demokratischen Parteien steht. Es wäre mehr als unverständlich, wenn die verantwortlichen Stellen auf diese Volksstimmung mit einem mutlosen Rückzug antworten wollten! Seit langer Zeit ist die Stunde vielleicht kaum günstiger gewesen für ein energisches Halt auf der Bahn der Zugeständnisse an demokratische Zeitströmungen für eine neue Klarstellung und Sicherung der monarchischen Rechte in Deutschland . . ."

Das ist klar, die eisernen 54 sind für jeden reaktionären Vorstoß zu haben, aber sie bilden ja im Reichstag eine verschwindende Minderheit. Das Zentrum, ohne dessen Hilfe keine scharfmacherische Maßnahme durchgedrückt werden kann, steht in der Zaberner Affäre in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den Konservativen. Von den gegen die Konservativen gerichteten Ausführungen der Kölnischen Volkszeitung haben wir schon berichtet. Jetzt wendet sich die Germania sehr energisch gegen den von der Militärpolitischen Korrespondenz erörterten Vorschlag, die Verfassung in Elsaß-Lothringen aufzuheben. Das klerikale Blatt führt aus:

Wir können dieser Alarmnachricht, die mehr dem Sensationsbedürfnis als den wirklichen Tatsachen oder Erwägungen zu entsprechen scheint, keinen Glauben beimessen. Zu einer zeitweiligen Aufhebung der Verfassung von Elsaß-Lothringen liegt gar kein Grund vor; der Landtag von Elsaß-Lothringen hat nur sein Recht gewahrt, wenn er die Vorgänge in Zabern im Gegensatz zu den Entstellungen in einem Teile der alldeutschen Presse und in Abweichung von den freisprechenden Urteilen von Straßburg richtigstellte, wobei Regierung und Volksvertretung von Elsaß-Lothringen einmütig waren.

Also im Reichstag würde für einen solchen scharfmacherischen Streich keine Mehrheit zu finden sein, und eine Reichstagsauflösung würde daran sicher auch nichts ändern. Deshalb wird sich wohl der Herr von Bethmann-Hollweg derartige Dinge von vornherein verkneifen, selbst wenn er persönlich Neigung dazu haben sollte.

Der Etat der Sozialpolitik.

Die Erörterungen der beiden letzten Tage waren gewissermaßen eine Einleitung zu der heute begonnenen Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. In der Tat deutete ja das Gesetz über die Sonntagsruhe den Mangel an sozialpolitischer Initiative und an sozialpolitischer Energie klar genug an, der sich in der ganzen Reichspolitik mehr und mehr ausbreite. Die Debatte über den Etat des Herrn Delbrück wird diesen Eindruck noch verstärken, und es wird lebhafter Anstrengungen bedürfen, endlich wieder ein etwas stärkeres Tempo auf diesem Gebiete der Reichsgesetzgebung zu erzielen. Es ist gerade deshalb recht günstig, daß in der Generaldebatte, die heute ihren Anfang nahm, die sozialpolitische Erörterung von der wirtschaftspolitischen getrennt und vorweggenommen ist.

Als erster Redner sprach Genosse Robert Schmidt, und seine Darlegungen gaben ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen höchst unerfreulichen Situation. Seine Rede war eine strenge, aber auch in der geschlossenen und reichen Argumentation unwiderlegliche Schilderung des Elends, in dem sich jetzt die sozialpolitische Gesetzgebung, wie auch ihre Ausführung, befindet, und sie war zugleich die Ausarbeitung eines großen und gebieterischen Arbeitsprogramms, das sich Parlament und Regierung vornehmen sollten. Gegenüber der Erlahmung sozialpolitischen Geistes und des sozialpolitischen Willens war diese Darstellung und diese Kritik eine wertvolle Tat positiver Leistung. Genosse Schmidt zeigte in der Tat, wie wenig geschehen ist in den letzten Jahren, er wies namentlich hin auf die Lage der Landarbeiter und einzelner wichtiger Kategorien des Industrieproletariats. Er nannte unter Anführung überzeugenden Materials die Bergarbeiter, die Binnenschiffer, die Bauarbeiter, führte auch das zögernde Verhalten der deutschen Reichsregierung in der Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen an, und reihte so zu einer geschlossenen Beweisführung die einzelnen trostlosen Tatsachen. Für die Stimmung oder besser gesagt für die mangelnde sozialpolitische Stimmung der Regierung war besonders interessant die Hervorhebung der Tatsache, daß der Beirat für Arbeiterstatistik geradezu systematisch beiseite geschoben wird, und nicht minder überzeugend ist die mangelnde Ausführung der gesetzlichen Bestimmung über den Heimarbeiterschutz. Dieser passiven Resistenz gegenüber der Sozialpolitik wirkt geradezu aufreizend die Rechtsprechung, die gleichfalls immer feindseliger einer wirksamen Sozialpolitik sich entgegenstellt.

Der fortschrittliche Redner, der dann das Wort nahm, Herr Doormann, mußte selbst die Berechtigung mancher Einwände zugeben, die unser Redner erhoben hatte, und er führte auch manche Probleme an, die einer Regelung dringend bedürfen. Allerdings entschloß er sich nicht zu dem strengen Urteil, das sich doch zwingend aus den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt und aus den ganzen Tatsachen ergibt. Er bestritt sogar die Stagnation, die auf diesem Gebiete herrscht, wenn er auch zugeben mußte, daß freilich kein übereiltes Tempo in der Sozialpolitik festgestellt werden kann. Dem Vertrauensvotum, das Herr Dr. Doormann schließlich dem Staatssekretär des Innern aussprach, wird sich die Arbeiterklasse vollends nicht anschließen können.

Die Debatte wird am Montag fortgesetzt. Am Dienstag wird vermutlich die Interpellation über die Kriegsgerichtsurteile verhandelt werden.

Deutsches Reich.

Die Norddeutsche gegen den Reichstag.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt an der Spitze ihrer Wochenübersicht:

Am Donnerstag hat die Budgetkommission des Reichstags den von der Regierung geforderten Zuschuß zu den Kosten der im Jahre 1916 in Berlin stattfindenden Olympischen Spiele abgelehnt. Ein überraschender Beschluß angesichts der erst im Sommer gefaßten Resolutionen, die dem Reichskanzler die Förderung aller auf die körperliche Ausbildung der deutschen Jugend gerichteten Bestrebungen dringend ans Herz legen. So empfindlich der Entgang des mit Sicherheit erwarteten Zuschusses unseren Turn- und Sportvereinen sein würde, er wäre zu verschmerzen und würde sicherlich aus freiwilligen Spenden gedeckt. Unerträglich aber will es scheinen, daß der Deutsche Reichstag einem überall im deutschen Lande mit freudiger Zustimmung aufgenommenen Unternehmen sein Interesse versagen und abseits stehen sollte, wenn die Jugend aller Kulturnationen zu uns zu Gaste kommen will. Man wird hoffen dürfen, daß das Plenum dem bedauerlichen Vorschlage der Budgetkommission nicht folgen wird.

Das Organ des Reichskanzlers stößt mit diesen Ausführungen in das Horn der reichstagsfeindlichen Presse, die den Beschluß der Budgetkommission zu einer Hetze gegen den Reichstag auszunutzen versucht. Ausschlaggebend für die Haltung der Sozialdemokratie, durch deren Stimmen die Ablehnung herbeigeführt wurde, war bekanntlich die von der Regierung betriebene Monopolisierung des Sportwesens zu „staatserhaltenden" Zwecken und die Unterdrückung des nicht gesinnungstüchtigen Arbeitersportwesens. Die bürgerlichen Sportvereine, die man jetzt zu einem Match mit dem Reichstag zu gewinnen versucht, sollten lieber dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie beseitigt werden und die volle Gleichberechtigung der Arbeitervereine anerkannt wird. Dann wird auch einer Bewilligung der geforderten Summe nichts mehr im Wege sein.

Der Entwurf eines Wohnungsgesetzes im Dreiklassenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend den Entwurf eines Wohnungsgesetzes an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. In dieser Kommission ist auch die Sozialdemokratie vertreten. Das Zentrum verlangte allerdings eine Kommission, in der zufällig die Sozialdemokraten keinen Sitz haben, es blieb aber mit diesem seinem Vorschlage in der Minderheit. Im allgemeinen wurde der Entwurf von den Rednern der bürgerlichen Parteien sympathisch aufgenommen, wenn auch kein einziger sich mit all seinen Bestimmungen einverstanden erklärte. Die Konservativen bemängelten, daß das platte Land unter die Wohnungsgesetzgebung gestellt wird, obwohl nicht verkannt werden soll, daß die ländlichen Verhältnisse im Gesetz Berücksichtigung gefunden haben. — Das Zentrum will sich Mühe geben, das Gesetz so zu gestalten, daß es allen Anforderungen entspricht, damit kein Bedürfnis für ein weiteres Eingreifen des Reiches vorhanden ist; es soll, wie der Abg. Wuermling sich ausdrückte, dafür gesorgt werden, daß Preußens Eigenart auch hier aufrecht erhalten wird. — Starke Einwendungen gegen die in dem Entwurf vorgesehene Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts übte der nationalliberale Redner, ihm schloß sich Abg. Flesch (Fortschr. Volkspartei) an, der verlangte, daß die Wohnungspolizei durch die Gemeinden ausgeübt wird, und die Notwendigkeit betonte, auch auf dem Lande ein Wohnungsgesetz zu schaffen. — Die Interessen der Haus- und Grundbesitzer fanden einen warmen Vertreter in dem konservativen Abg. Lüdecke, der über die durch die so hohen Löhne eingetretene Verteuerung des Wohnungsbaues zeterte. — Von der Sozialdemokratie sprach der Abg. Hirsch, der an den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs scharfe Kritik übte und nachwies, wie wenig dieser Entwurf geeignet ist, auch nur die stärksten Auswüchse des Wohnungselends zu bekämpfen, und den Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes forderte, da vom preußischen Landtag doch nichts Vernünftiges zu erwarten sei. Trotzdem erklärte er, daß seine Freunde bereit seien, jede Abschlagszahlung anzunehmen, aber in der vorliegenden Fassung bedeute der Entwurf nicht einmal eine Abschlagszahlung. Es geschehe nichts zur Beseitigung der Spekulation in Grund und Boden und keine der vorgeschlagenen Maßnahmen sei dazu angetan, billige und gesunde Wohnungen zu schaffen; es handle sich lediglich um Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht, um die Erweiterung der Befugnisse der Polizeibehörde. Daß diese geeignet sei zur Lösung der Wohnungsfrage, würde man wohl selbst in diesem Hause nicht glauben. Werde der Entwurf nicht wesentlich umgestaltet, dann würden die Sozialdemokraten ihm wohl schwerlich zustimmen können.

Mars als Stiefelhändler.

Der staatlich-bürgerlich „gepflegten" Jugend, die sich abmüht, den militärischen Stechschritt schon in den Jahren zwischen Schule und Kaserne einzuüben, ist Gelegenheit gegeben, dies künftig noch gründlicher in echten preußischen Kommißstiefeln zu tun. Der preußische Mars hat sich entschlossen, einen billigen Stiefelladen aufzumachen und [illegible] das in bürgerlichen Blättern so an:

Bei den Truppenteilen haben sich aus früheren Jahren Bestände von ungetragenen Kommißstiefeln, Infanteriestiefeln und Schnürschuhen in den kleinen Nummern 25, 26, 27 angesammelt, die für den Truppengebrauch nicht mehr verwendbar sind. Viele sind als Muster veraltet, andere waren aus irgendwelchen Gründen [illegible] geworden, bei anderen entspricht die Form nicht mehr dem jetzt getragenen Muster. In dankenswerter Weise hat sich die Militärbehörde entschlossen, diesen Schuhbestand dem Vaterländischen Jugendverein zur Förderung der Jugendpflege zu überlassen. Dies ist um so wertvoller, als [illegible] das Schuhzeug unserer Armee aus dem vorzüglichsten Leder hergestellt wird, wie es sonst nur bei den allerteuersten Schuhmarken Verwendung findet. Die Abgabe erfolgt zu einem mäßigen Schätzungspreise ausschließlich durch das Königliche Zentraldepot in Werl (Bezirk Arnsberg), das mit der Leitung der Verwertung aller Altmaterialien der Heeresverwaltung betraut ist. [illegible] neue Schuhzeug wird daselbst aufgefrischt, paarig zusammengestellt, notwendigenfalls paarig ausgearbeitet, so daß es für den Gebrauch junger Leute bei Wanderungen und Felddienstübungen ausgezeichnet geeignet ist. Die Abgabe an Einzelbesteller ist ausgeschlossen. Berücksichtigt werden nur solche Bestellungen, welche durch den [illegible] einlaufend unter dem Vereinsstempel mit der ausdrücklichen [illegible] pflichtenden Erklärung erfolgen, daß das Schuhzeug ausschließlich zum Gebrauch für jugendliche Vereinsangehörige bestimmt ist, dritten Personen nicht überlassen und auch nicht veräußert werden soll. Daß der Verein sich der vaterländischen Jugendpflege widmet, muß, falls er nicht einer der großen Jugendpflegeorganisationen, wie beispielsweise dem Jungdeutschlandbunde, angehört, durch ein Zeugnis der Polizeibehörde, des Bezirksausschusses für Jugendpflege oder am besten [illegible] Vertrauensmannes des Jungdeutschlandbundes nachgewiesen werden. Wenn berücksichtigt wird, wie in vielen ärmeren [illegible] teilen oder in den Industriestädten mit bedürftiger Bevölkerung das Streben, die Jugend wieder hinauszuführen in Feld und Wald, gerade daran scheitert, daß die Jungen gar kein oder schlechtes unzureichendes Schuhwerk haben, so kann die Benutzung dieser Gelegenheit, zu einem sehr mäßigen Preise vorzügliches Schuhwerk zu erhalten, den Vereinsleitungen warm empfohlen werden.

Der preußische Kommißstiefel gilt mit Recht als Symbol des Kasernengeistes, der in Preußen-Deutschland herrscht und der in der staatlich-bürgerlichen Jugendbewegung zu den [illegible] eine neue Pflegstätte gefunden hat. Jungdeutschland bleibt darum nur im Stile seiner Sache, wenn es künftig auch in Kommißstiefeln marschiert.

Zum Arbeitswilligenschutz

faßte der Ausschuß des deutschen Arbeiter-Kongresses am 13. Januar 1914 folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses nimmt von der Erklärung des Herrn Reichskanzlers in seiner Rede vom 10. Dezember 1913 im Reichstage Kenntnis, daß „in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf", und daß „gegen die Auswüchse im Koalitionswesen nicht eingeschritten werden soll mit Ausnahmegesetzen, sondern nur auf dem Boden des gemeinen Rechts", und ferner davon, daß der Herr Reichskanzler „den Herrn Staatssekretär des Innern gebeten hat, die Erfahrungen, die in dem Verlauf der Arbeiterstreitigkeiten in Deutschland gesammelt worden sind, und die Erfahrungen, die in den anderen Ländern gemacht wurden, zusammenzustellen" und daß diese Zusammenstellung dem Reichstage auch als „Grundlage für die weitere Behandlung dieser wichtigen Frage" vorgelegt werden wird. Der Ausschuß erachtet es als unerläßlich, daß um ein unparteiisches Urteil über das Maß der „Auswüchse des Koalitionswesens" zu gewinnen, und [illegible] sondern um Klarstellung der Frage, wie auf dem Boden des gemeinen Rechts diese Auswüchse wirksamer bekämpft werden können, herbeizuführen, auch die gleichzeitige Feststellung in der beabsichtigten Denkschrift erfolgt, in welchem Umfange Auswüchse des Koalitionswesens (Koalitionszwang, Terrorismus usw.) von Unternehmern, Unternehmerorganisationen und Syndikaten zum Schaden von Arbeitnehmern und anderen Unternehmern stattgefunden haben. Die Beschränkung der Denkschrift bloß auf Arbeitsstreitigkeiten würde kein unparteiisches Urteil ermöglichen und insbesondere nicht geeignet sein, Maßnahmen auf dem Boden des gemeinen Rechts vorzubereiten. Der Ausschuß spricht deshalb die Erwartung aus, daß jene Denkschrift auch einbezieht die Erfahrungen über alle Auswüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern, Angestellten und deren Organisationen, besonders die von Arbeitgebern und deren Organisationen [illegible] schränkung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit, Arbeitsausschluß von Angehörigen bestimmter Organisationen, Zwang zum Eintritt in Werkvereine, Führung von schwarzen Listen, geheime Abmachungen über Annahme oder Nichtannahme von bestimmten, Streikbrecher-Vermittlungswesen u. a., berücksichtigt werden."

Einführung von Postkreditbriefen.

Im Reichspostamt wurde am Sonnabend eine Konferenz abgehalten, bei der auch Vertreter des Handels und des Gewerbes zugegen waren. Es handelte sich zunächst um die Einführung von Postkreditbriefen, eine neue Einrichtung ähnlich der des Postscheckverkehrs. Sie bildet eine weitere Erleichterung im Zahlungsverkehr. Der Inhaber eines Postscheckkontos kann den Betrag für den Kreditbrief von seinem Guthaben auf das Kreditbriefkonto überweisen. Der Postkreditbrief wird vom Postscheckamt der vom Aussteller bezeichneten Person als Einschreibbrief unter „eigenhändig" portofrei zugesandt. — Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit dem nächsten Weltpostkongreß und mit der Ermäßigung des Weltpostportos für Briefe. Es wurde gewünscht, daß, wenn es nicht möglich sein sollte, das Weltpenny-Porto einzuführen, wenigstens die großen Verschiedenheiten beseitigt werden, die seit dem Kongreß in Rom auf diesem Gebiete bestehen, und daß soweit als möglich durch besonderes Abkommen mit Nachbarländern für diese Portoermäßigung erreicht würde. Besprochen wurde auch die Ermäßigung des Zuschlagsportos für unzureichend frankierte Sendungen, die allgemeine Annahme der Antwortscheine, Erweiterung der Bestimmungen des Postpaketvertrags, insbesondere die allgemeine Zulassung von Wertangabe, Nachnahme, Sperrgut, dringenden Paketen, Zollfreimachungsverfahren, Vereinfachung der Inhaltserklärungen und allgemeine Annahme des Zeitungsabonnements. Beschlüsse wurden hierin nicht gefaßt.

Sozialpolitische Forderungen im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichsamts des Innern drei Resolutionen eingereicht. Die erste verlangt zum Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf die Größe und Art des Betriebs die Erhöhung des Schutzalters der Jugendlichen auf 18 Jahre, ferner Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen, Festsetzung des Maximalarbeitstages von acht Stunden für Jugendliche und Arbeiterinnen mit dem Ziel weitere Herabsetzung des [illegible]. — In einer zweiten Resolution werden Schutzmaßnahmen im Interesse des Kranken- und Pflegepersonals gefordert. — Die dritte Forderung der Fraktion geht dahin, den bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Gesetzentwurf, der die Arbeitszeit und die Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtsgewerbe regelt, baldigst vorzulegen. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll der Bundesrat seine Verordnung über die Beschäftigung im Gastwirtsgewerbe auf alle Angestellten dieses Gewerbes ausdehnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ostelbische Wahlsitten.

Die Wahl des freikonservativen Landrats v. Halem im Wahlkreis Schwetz beschäftigte am Freitag abermals die Wahlprüfungskommission des Reichstags. Im Januar 1912 wurde Herr v. Halem dadurch gewählt, daß 400 Stimmzettel, die auf den polnischen Kandidaten v. Saß Jaworski lauteten, zu Unrecht für ungültig erklärt wurden. Die Wahl wurde deshalb im ... 1912 von der Kommission kassiert. Herr v. Halem wartete die Entscheidung des Plenums gar nicht ab, legte sein Mandat rasch nieder und erreichte dadurch, daß die Nachwahl bereits am 30. Dezember 1912 unter Benutzung der alten Wählerlisten stattfand. Man schlug jetzt ein geradezu skandalöses Verfahren ein. Man strich einfach eine Menge polnischer Wähler aus den Listen. So z. B. einen Wähler, weil er einen Holzlesezettel erhalten hatte, einen andern, weil seine Schwiegermutter Armenunterstützung bezog, einen dritten, weil er eine Rente bezieht! In einigen Fällen haben Personen, die man zur Wahl nicht zulassen wollte, doch gewählt. Die Wahlvorsteher haben dann einfach je einen polnischen Stimmzettel wieder aus der Urne herausgenommen! Sämtliche polnischen Wähler, die seit der Hauptwahl verzogen waren, wurden nicht zur Wahl zugelassen. Dagegen hatte man Vorsorge getroffen, daß die mittlerweile verzogenen deutschen Wähler ihr Wahlrecht ausüben konnten. Auf diese Weise „siegte" Landrat v. Halem mit 8017 Stimmen gegen ... Stimmen, die auf den polnischen Kandidaten entfielen. Die Prüfung der amtlichen Feststellung ergab bereits, daß Landrat v. Halem die Mehrheit der Stimmen nicht mehr besitzt, so daß an der Ungültigkeit seiner Wahl nicht zu zweifeln ist.

Ausland.

England.

Mars auf dem Gimpelfange.

js. **London**, 17. Januar.

Der Gott, der im Deutschen Reiche die Stunde regiert, mag in seinem Triumphe mit wehmütigem Mitleid auf seinen Bruder in England herüberblicken, dem so schwere Zeiten beschieden haben, daß er auf die fragwürdigsten und nicht einmal standesgemäßen Kniffe angewiesen ist, um sich am Leben zu erhalten. Das arme England ist offenbar dem Verfall und Untergang nahe. Was soll auch aus einem Volke werden, in dem der patriotische Stolz in seine glorreiche Armee, die mannhafte Liebe und Verehrung für das ruhmvolle Kriegshandwerk so ausgestorben zu sein scheinen? Die zarten Ueberredungskünste und einladenden Freischnäpse der auf den Straßen auf arbeitslose Jünglinge lauernden Rekrutierungssergeanten beginnen zu versagen. Die Arbeiterjugend Englands läßt sich mit diesen bewährten Mitteln der guten alten Zeit nicht mehr in die Kasernen locken. Und in seiner Not wird Mars ganz modern und bürgerlich, verschmäht nicht den Inseratenteil der Presse und ruft auf diesem sonst nicht mehr ungewöhnlichen Wege so aufdringlich wie nur irgendein Krämer Kunden herbei.

In allen vom „Volke" gelesenen Tageblättern erscheint jetzt ein mächtiges vollseitiges Inserat der englischen Heeresverwaltung, um Rekruten anzulocken. „Was die Armee bietet!" heißt es, und die Antwort muß manchem hungrigen Arbeiterjüngling nur zu verlockend erscheinen: „Gute Löhne, gute Nahrung und einzigartige Gelegenheiten für Sport und Spiele.". Das ist gewiß mehr, als kapitalistische Lohnsklaven in der Regel zu erwarten haben. Und Mars scheut sich nicht, sogar den sozialistischen Agitator und Aufwiegler zu spielen, um sich das junge Fleisch zu sichern. Er fragt:

„Was verdienst du jetzt und was sind deine Aussichten im bürgerlichen Leben? Kannst du mit Gewißheit hoffen, mehr als 25 Schilling die Woche in der Stadt oder 20 Schilling auf dem Lande zu verdienen? Und selbst bei diesen Löhnen, was bleibt dir am Ende der Woche, nachdem du deine Logismiete, deine Fahrspesen nach und von der Arbeitsstelle, deine Nahrung, deine Versicherungsbeiträge, deine Kleider und Stiefel, die du bei und nach der Arbeit trägst, bezahlt hast? — Und nun betrachte einmal den Soldaten ..."

Folgt die Schilderung des Soldes, der so hoch ist, daß ein Soldat sich nach siebenjährigem Dienst mit Leichtigkeit ... Pfund Sterling ersparen könne. Und dazu noch die häufigen Ferien und Urlaubszeiten bei vollem Solde!

Das Inserat erscheint auch im Daily Citizen, dem Arbeitertageblatt, ohne Kommentar. Vielleicht, meinte unser Bruderblatt, daß das Inserat schon selber Bände spricht, und daß seine Leser keines Kommentars bedürfen, um es im richtigen Sinne aufzufassen. Es wäre indessen wohl doch nicht überflüssig gewesen, einige der Lücken auszufüllen, die diese Schilderung der Soldatenlaufbahn aufweist. Wie steht es mit der Pest und den Seuchen, den tapferen Kriegen gegen Eingeborenenstämme, Schießen auf Streikende in England oder Südafrika und — im ehrwürdigen Alter — die Orgel drehen auf den Straßen von London?

Albanien.

Essad Paschas siegreicher Feldzug.

Schriba, 17. Januar. Nach einem dreitägigen Kampfe haben Essad Paschas Truppen die ganze Umgebung zwischen Bassan und Podbrodetz in Besitz genommen. Sämtliche Dörfer haben sich Essad Pascha unterworfen. Im Lager Essads befinden sich zahlreiche Offiziere, die in die Dienste Essads getreten sind; er hat, um ein Uebergreifen der Kämpfe auf serbisches Gebiet zu vermeiden, längs der serbischen Grenze kleine Grenzposten zurückgelassen. Mit dieser Vorsicht will Essad von vornherein jede Möglichkeit einer Einmischung in die rein albanischen Kämpfe beseitigen.

Verhaftung jungtürkischer Sendlinge.

Athen, 18. Januar. An Bord des italienischen Dampfers Kaiser Franz Josef trafen hier 15 Albaner ein, die den Behörden verdächtig schienen. Sie gaben an, daß sie von den Behörden in Konstantinopel vertrieben worden seien, bei der Untersuchung, die die Polizei von Piräus einleitete, stellte sich jedoch heraus, daß die Fremden Mitglieder des jungtürkischen Komitees sind, die von der Organisation nach Albanien entsandt worden waren. Sie hatten den Auftrag, Banden zu bilden, um den Nordepirus zu brandschatzen. Die Polizei nahm die Verdächtigen in Haft.

Südafrika.

Der Kampf der Arbeiter.

Johannesburg, 18. Januar. Das Mitglied des Gemeinderats von Boksburg, Mitglied der Arbeiterpartei, Williams, ist auf Grund des Kriegsrechts verhaftet worden. — Der Geschäftsführer der Südafrikanischen Bahnen erklärt, daß sich jetzt mehr Leute zum Dienst melden als gebraucht werden.

London, 17. Januar. Der Nationalausschuß der unabhängigen Arbeiterpartei hat folgende Resolution gefaßt: Wir protestieren gegen das despotische Vorgehen der südafrikanischen Regierung, die unter Mitschuld des Generalgouverneurs Lord Gladstone und des Kolonialamtes im Interesse des Kapitalismus und der Klassenherrschaft die Gewerkschaftsführer verhaften ließ, die Verfassung unterdrückte und das Kriegsrecht erklärte. Wir bezeugen das Vertrauen, daß die organisierten Arbeiter des ganzen Dominiums gemeinsame Sache machen werden und in geeinter Front diesem neuesten Versuche, britische Einrichtungen zu russifizieren, Widerstand entgegensetzen werden. Eine Abschrift der Resolution wurde dem Kolonialsekretär übersandt.

Giftmörder Hopf

zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Der Prozeß gegen den mehrfachen Giftmörder ging am Sonnabend zu Ende. Die Schuldfragen lauteten beim Vater des Angeklagten auf **Mord und Mordversuch**, bei dem verehelichten Kinde auf Mord, bei der ersten Frau auf Mord, bei der zweiten Frau auf Mordversuch, bei dem ehelichen Kinde auf Mord, bei der Mutter auf Mord und Mordversuch, bei der dritten Frau auf Mordversuch.

Nach den Ausführungen des Staatsanwalts und des Verteidigers und nach anderthalbstündiger Beratung verkündet der Obmann:

daß die Geschworenen den Angeklagten des Mordes an der ersten Frau für schuldig befunden hätten, des Mordversuches an der zweiten und dritten Frau sowie an den beiden Kindern. Hinsichtlich der Eltern sei er von der Anklage freizusprechen. Staatsanwalt Keller beantragte darauf gegen den Angeklagten die Todesstrafe und 15 Jahre Zuchthaus sowie dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und die Stellung unter Polizeiaufsicht.

Nach kurzer Beratung verkündet der Gerichtshof das Urteil, daß der Kaufmann und Fechtlehrer Karl Hopf **zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus** sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden ist.

Damit ist ein Prozeß abgeschlossen, der zu den grauenhaftesten der letzten Zeiten gehört. Wie ein moderner Blaubart trachtete der Verurteilte seinen Frauen nach dem Leben, um Versicherungssummen einzuheimsen; er gab seinen Kindern Gift, und gilt für das Volk auch als Mörder seiner Eltern. Kaltblütig experimentierte er an seinen Opfern mit Bakterien. Kaltblütig und mit einer Art medizinischem Interesse ließ er sie dahinsterben. Nicht ein Zug ist an dem Verbrecher, der uns menschlich dünkte.

Hopf hat eine neue Spezialität in das Verbrechen eingeführt. Er hat versucht, mit Bazillen zu morden und hat seinen Opfern Typhusbazillen und Tuberkeln in die Speisen gemischt. Es konnte aber nicht nachgewiesen werden, ob diese fast wissenschaftliche Art des Mordes auch den Tod herbeigeführt hat. Hopf selbst scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß dieser Weg zu langsam sei, denn er hat immer wieder zum Arsen gegriffen, um den Tod zu beschleunigen. In allen Leichen ist hoher Arsengehalt nachgewiesen worden, und wenn Hopf bei seiner Kenntnis der Chemie auch in jenem Falle das Vorhandensein des Arsens anders erklären wollte, so liegt doch gerade darin der Hauptbeweis für eine systematische Verbrechenskette. Dieser Frankfurter Bürgersohn, aus einer redlichen bescheidenen Familie, hat Laster und böse Triebe in sich aufgenommen, wo er hinkam. Er brachte seine sadistischen Neigungen aus England, seine verbrecherische Kenntnis der Gifte vom afrikanischen Riff, und so belastet machte er kleine abgelegene Dörfer im Taunus zum Schauplatz von Verbrechen und Orgien, trug er in weltverlorene mitteldeutsche Bauernhöfe den bösen Keimstoff der großen Welt und fiel ausschließlich nur der Sorglosigkeit zum Opfer, die ihn seine stets erfolgreichen Verbrechen durch Jahre hindurch gelehrt hatten.

Hopfs Sorglosigkeit wird verständlich, wenn man die Leichtigkeit betrachtet, mit der sich Mediziner über Hopfs Treiben hinwegtäuschen ließen. Dem behandelnden Arzt kommt die Krankheit der ersten Frau rätselhaft vor. Der Arzt weiß, daß Hopf mit Giften und Bakterien hantiert. Er hört, daß in Niederhöchstadt allerlei Gerede geht — er kommt nicht auf den Verdacht, daß am Ende eine Vergiftung vorliege, auf die ihn schon die Krankheitserscheinungen hätten hinweisen müssen. Die zweite Frau erkrankt. Die Niederhöchstädter haben es mit ihrem gesunden Menschenverstande bald herausgefunden, daß es dieselben Krankheitserscheinungen sind, wie bei der ersten Frau. Wiederum pfeifen die Spatzen von den Dächern: Dort wird mit Gift gemeuchelt! Dr. Portmann und andere Aerzte rühren sich nicht. Sie hatten keine handgreiflichen Beweise. Die Exkremente und das Erbrochene schafft Hopf sorgfältig weg. Dr. Zieger beseitigt einen Abszeß. Der Inhalt hätte untersucht werden müssen. Dr. Zieger kann sich nicht entsinnen, ob er das gewollt hat und ob Hopf den Inhalt hinterrücks in Lysolwasser geschüttet hat, um die Untersuchung zu vereiteln. Dr. Portmann haucht jeden an, der Verdacht gegen Hopf äußert: „Wie können Sie so etwas vom Herrn Hopf sagen!"

Aber auch die Behörde läßt sich von dem Verhalten der Aerzte anstecken. Auf die Anzeige des Vaters wird nicht einmal eine Haussuchung vorgenommen. Der Gendarm geht zum Staatsanwalt und legt ihm die Sachlage auseinander. Der aber sagt, das ist Weibertratsch, ich habe den Dr. Portmann gefragt. Da erst schwillt Hopf der Kamm und er verfolgt die „Verleumder" mit Klagen und Prozessen. Die Aerzte hatten keine „handgreiflichen Beweise", sagen sie. Als ob es noch handgreiflicherer Beweise bedurft hätte. Diese Unbegreiflichkeiten von Aerzten und Behörden haben Hopf erst sicher gemacht. Und die behördliche Nachlässigkeit steht in so gar keinem normalen Verhältnis zu der Roheit und Unbarmherzigkeit, mit der Behörden zu arbeiten pflegen, wenn etwa irgendwo arme Mädchen und Frauen in den Verdacht der Abtreibung geraten.

Aus aller Welt.

Geschenke.

Während die große Masse am Hungertuche nagt, weiß die besitzende Klasse nicht, was sie mit dem Ueberfluß anfangen soll. Die National-Zeitung weiß Einzelheiten zu berichten über Weihnachtsgeschenke, die in diesen Kreisen gegeben wurden, die ganze Vermögen kosteten. Sie erzählt:

„Der Spender einer Perlenkette im Werte von 270 000 Mark kann sicher sein, nicht so bald vergessen zu werden. Nach Angabe einer bekannten hiesigen Hofjuwelierfirma soll der Käufer dieser Kette in den Kreisen der rheinischen Großindustrie zu suchen sein. Gar nicht so sehr weit hinter diesem Preis bleibt ein Zobelmantel zurück, der aus dem Lager eines Hofkürschnermeisters Unter den Linden stammte. Sein Käufer muß jedenfalls unter der schlechten Konjunktur nicht sehr gelitten haben, wenn er für das prächtige Pelzwerk **nahezu 70 000 M.** auswerfen konnte. Weit entfernt von altpreußischer Sparsamkeit zeigte sich auch ein schlesischer Aristokrat, der seine Gattin diese Weihnachten mit einer **Bettwäschegarnitur** für 38 000 M. überraschte. Was muß das für ein Gemisch von wunderbaren Spitzen, kostbaren Leinen und seidenen Bändern sein, das einigermaßen diesen Preis rechtfertigt! Daß man besser auf ihm schläft, ist nicht anzunehmen; aber eine schöne junge Frau inmitten der anmutigsten Brüsseler und Valenciennesspitzen ist gewiß ein reizender Blick. Nein, ganz dumm war der Mann nicht, der seiner Frau dieses Geschenk machte.

Bei der gleichen Firma, einem Wiener Wäsche- und Konfektionshaus in Berlin, erstand ein Käufer zu Weihnachten eine **Tischdecke im Werte von 4500 M.** Man sieht, es gibt noch genug reiche Leute in Berlin, und man braucht um einen zu geringen Ertrag der Wehrsteuer nicht bange zu sein. Da kann es auch nicht überraschen, wenn man hört, daß auch für Nichtigkeiten horrende Preise bezahlt werden. In einer Bijouterie-Firma Unter den Linden wurden für **ein Paar Schuhschnallen 200 M.** ausgegeben, für einen **Taschenkalender**, im Portemonnaie zu tragen, die gleiche Summe und für eine Haarspange mit unechten Steinen sogar 600 M.! Man kann es auch nicht sparsam nennen, wenn bei einem Lederhändler in der Leipzigerstraße für ein Reisenecessaire **für eine Dame 3000 M. bezahlt wurden**. Kostbare Kristallflacons mit goldenen Deckeln und das feinste sämische Leder rechtfertigen zur Genüge diesen Preis. Ungemein kostbar waren auch die Blumenarrangements, die zu Weihnachten verschickt wurden, um so kostbarer, als der ganze Glanz nach ein paar Tagen verwelkt und keine Spur mehr von seiner heiteren Existenz zeugt. Orchideen- und Rosenkörbe von 400 M. waren nach Angabe eines bekannten Blumengeschäfts Unter den Linden durchaus keine Seltenheit.

Und unsere Kleinen? Auch da mag man beruhigt sein. Ist das notwendige große Portemonnaie da, fehlt auch nicht die Gelegenheit zum Luxus. **Sehr en vogue waren letzte Weihnachten** als schönstes Spielzeug zierliche kleine Automobile, die allerdings den recht anständigen Preis von 175 Mark kosten. Auch reizende kleine Unterhaltungsspiele waren für den gleichen Preis erhältlich. Man sieht, auch Kindern kann man recht kostspielige Geschenke machen."

Und die Kreise, die derartig mit dem Gelde umherwerfen können, schreien am lautesten über die Begehrlichkeit der Arbeiter, verlangen Gesetze gegen die aufstrebende Arbeiterschaft, um desto leichter den Profit steigern und das Proletariat ausbeuten zu können.

Dresdner Polizeibericht vom 19. Januar.

Zum Einbruch beim Juwelier Scharfenberg erfahren wir, daß der Kriminalpolizei die Täter dem Namen nach genau bekannt sein sollen. Ihre Festnahme ist allerdings noch nicht geglückt, doch wird die Fahndung auf sie eifrig betrieben.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Friedrich-August-Brücke
vom 19. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 757. Schön Wetter.
Thermometer — 1° R.
Thermometrograph: Min. —8°. Maxim. — 1°.
Hygrometer 79°.
Wasserstand der Elbe — 162 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 20. Januar 1914:

Keine Witterungsänderung.

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet zieht von der Nordsee in südöstlicher Richtung bis nach dem Schwarzen Meere. Der Kern dieses Hochs lagert über Südskandinavien. Tiefer Druck befindet sich im äußersten Nordosten, flacher Druck im Süden. Von beiden Tiefs ist eine Einwirkung auf das Wetter in Mitteldeutschland nicht zu erwarten; eine Witterungsänderung steht daher nicht in Aussicht.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 15, Pardubitz — 50, Brandeis + 6, Melnik — 46, Leitmeritz — 40, Aussig — 7, Dresden — 162.

Letzte Telegramme.

„Nieder mit den drei Jahren."

Paris, 19. Januar. Der Verband der geeinigten Sozialisten des Seinedepartements faßte nach längerer Beratung einen Beschlußantrag, in dem u. a. erklärt wird, daß die Partei vor allem den Militarismus bekämpfe und deshalb für die Abschaffung des Dreijahresgesetzes sowie für die deutsch-französische Annäherung eintreten müsse, die die notwendigste Bedingung für den europäischen Frieden bilde. Das Feldgeschrei für die nächsten Kammerwahlen müsse deshalb lauten: „Nieder mit den drei Jahren!" In jedem Wahlbezirke werde ein sozialdemokratischer Bewerber für die Forderungen der Partei und der Arbeiterschaft eintreten. Es solle jedoch der Parteiausschuß für den zweiten Wahlkampf die Zurückziehung sozialistischer Kandidaturen verlangen. Dann würden diese ausschließlich zugunsten der Kandidaten stimmen, die für die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit einzutreten versprächen. Eine ähnliche Resolution wurde vom sozialistischen Verband des Rhone-Departements beschlossen. Diese Beschlußanträge werden dem in acht Tagen in Amiens tagenden Kongresse der geeinigten Sozialisten vorgelegt werden.

Der Streik in Südafrika.

London, 18. Januar. Der Streik in Südafrika kann als gescheitert gelten. Sowohl aus den Goldminenbezirken, als aus den größeren Verkehrszentren laufen Meldungen in Kapstadt ein, daß ein großer Teil der Streikenden zur Arbeit zurückkehrt.

Die Regierung führt die von ihr verhängten Ausnahmemaßnahmen mit größter Strenge durch. Sie hat die Zeitungszensur eingeführt und duldet keine Ansammlungen irgend welcher Art. Zugleich läßt sie massenhaft Verhaftungen vornehmen.

Kapstadt, 19. Januar. Die Kosten der Mobilisierung werden auf 2½ bis 3 Millionen Mark geschätzt. Die Demobilisierung wird voraussichtlich alsbald beginnen, aber nur allmählich ausgeführt werden. Die Regierung wird auch weiterhin eine beträchtliche Truppenmacht in gewissen Bezirken zurücklassen. Die Regierung wird dann das Parlament, das ordnungsmäßig am 30. Januar zusammentritt, um Indemnität für die getroffenen Maßregeln ersuchen. Dann wird die Regierung dem Parlament Vorlagen über die Gewerkschaften, über die Beilegung von industriellen Streitigkeiten und Streiks sowie das öffentliche Versammlungsrecht zugehen lassen. Mit Ausnahme von zwei Arbeiterführern in Kapstadt und Johannesburg befinden sich alle einflußreichen Arbeiterführer in Haft. Der Eisenbahnerstreik ist überall beendet, außer in Pretoria und in beschränktem Maße in Durban. Der Grubenarbeiterstreik am Reef ist anscheinend ebenfalls beendet.

Beim Eislauf ertrunken.

Neuwied, 19. Januar. Auf dem Romersdorfer Weiher bei Glattbach brachen gestern die beiden Söhne des Schmiedemeisters Fink aus Glattbach im Alter von 12 und 13 Jahren beim Schlittschuhlaufen ein und ertranken. Bei dem Versuche, sie zu retten, geriet ein 17 Jahre alter Bursche namens Schlemmer unter das Eis und büßte gleichfalls das Leben ein.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstrasse — Dresden-Neustadt — Rehefelder-, Ecke Bürgerstrasse

Grosser

Inventur-Ausverkauf

Die zum Ausverkauf gestellten Waren erregen wegen der unvergleichlich billigen Preise bei guten Qualitäten Aufsehen.

Wer diese Kaufgelegenheit nicht benützt, schädigt sich selbst.

Loschwitz, Bühlau u. Umgegend

Dienstag den 20. Januar, abends 9 Uhr, im Gasthof zur Eule in Rochwitz

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Kampf den geplanten Knebelgesetzen. Das Urteil im Zabern-Prozeß.

Referent: Genosse **Neuke**, Dresden.

Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen und protestiert gegen die Verschlechterung eures an sich schon so geringen Koalitionsrechts. Nieder mit dem Säbelregiment der gewalttätigen Soldateska!

Einberufer: **A. Herrmann**, Niederpoyritz.

NB. Die **Gruppensitzung** findet **nicht** Dienstag, **sondern Freitag den 23. Januar** statt.

V15] Die Bezirksleitung.

Konsumverein „Vorwärts"

für Dresden und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Mittwoch den 21. Januar 1914, abends 8 Uhr

Ausserordtl. General-Versammlung

im **Volkswohlsaale** zu Dresden-A., an der Ostra-Allee.

Tagesordnung:

1. Grundstückserwerbungen.
2. Wahl von vier Aufsichtsratsmitgliedern. Es scheiden aus die Herren Baumgarten, Pietschmann, Pirsch und Zimmermann.
3. Antrag Warnke und Genossen betreffend Errichtung von Bezirkskommissionen sowie Abhaltung von Bezirksversammlungen zur Agitation für den Verein und zur Belehrung der Mitglieder über dessen Einrichtungen.
4. Genossenschaftliche Angelegenheiten.

Nur Mitglieder haben Zutritt; gegenseitige Vertretung bei Eheleuten ist nicht zulässig. Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch.

Der Aufsichtsrat.

L 234] **Julius Frödorf**, Dresden, Sternplatz 5.

DBV

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein, Dresden.
Telephon 15972.

Bezirk Löbtau.

Mittwoch den 21. Januar 1914, abends 7½ Uhr
im **Restaurant Bürgergarten** in Löbtau

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht aus der Vorstandssitzung.
2. Der bevorstehende Zweigvereinstag und Wahl der Delegierten.
3. Sonstige Angelegenheiten.

Recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

V92] Die Bezirksleitung.

Frauen-Tee
altbewährt. Paket **75** Pfennig.
Freisleben, Postplatz

Bad u. Restaurant Erholung
Kemnitz, Hahnstr. 4
Geprüfte Bade- u. Massageschleute
Täglich geöffnet u. gut geheizt.
Speisen u. Getränke ff. Alles da!
Damentage: Dienstags u. Freitags.

Einnermaschine, guterh., f. 18M. z. vk. Freiberger Str. 69, p. Göpel.

Wobsa
ff. Bockbier ff.
Montag bis Sonnabend
Musik!

Ein **Kind**, nicht unter 2 Jahren alt, wird in Pflege **genommen**. **Coschütz**, Dresdner Str. 6, 2. r.

Nähmaschine, nähtsehr gut, f. 28M. z. vk. Kaulbachstr. 10, 1. Eckers.

Bekanntmachung.

Nachdem eine gültige Wahl des Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Röhrsdorf und Nachbarorte nicht zustande gekommen ist, hat das Versicherungsamt der Königlichen Amtshauptmannschaft Dresden-N. auf Grund von § 329 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung Herrn Gemeindevorstand **Schiller** in Röhrsdorf als Vorsitzenden des Kassenvorstandes bestellt. Derselbe hat bis zu einer gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auszuüben.

Röhrsdorf, den 16. Januar 1914. [L 1429

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Asphalteure, Papp-Dachdecker

und Hilfsarbeiter.

Dienstag den 20. Januar 1914, abends 8 Uhr
im **Restaurant Elbkorenz, Dresden-N.**, Kasernenstraße 19

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu dem Antwortschreiben des Schutzverbands Dresdner Dachpappenfabrikanten und Asphaltbetriebs-Unternehmer betreffs unseres geänderten Tarifs.

Bei der Wichtigkeit dieser Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen Pflicht! — **Nur** Mitglieder haben Zutritt.

V97] Die Lohnkommission.

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, sämtliche **Parteiliteratur, Inserate- und Druckaufträge** nimmt jederzeit entgegen **Paul Fischer**, Freiberger Straße 115.

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Dienstag den 20. Januar

Die Bohême

Oper in vier Akten. Musik von G. Puccini.

Musikalische Leitung: Hermann Kutzschbach.

Rudolf, Dichter . . . Fritz Soot
Schaunard, Musiker . . Theodor Zobel
Marcell, Maler . . . Friedrich Plaschke
Collin, Philosoph . . Ludwig Ermold
Benoit, der Hausherr . Robert Büssel
Mimi . . . . . Minnie Nast
Musetta . . . . . Elsie v. Catenhusen
Parpignol, Spielmann: verkleidet . . . . . Joseph Groll
Alcindor . . . . . Franz Mikorey
Sergeant der Zollwache . Th. Schwarzhauer
Ein Zollwächter . . . Emil Pfeifer

Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.

Mittwoch: Die Gegenwart. (7)

Donnerstag: Rheinische Festklänge. (7½)

Königl. Schauspielhaus

Dienstag den 20. Januar

Das Konzert

Lustspiel in drei Akten von Hermann Bahr.

Gustav Adolf Pfennig . Walter Melzer
Marie, seine Frau . . Maria Seidler
Dr. Franz Jaus . . . Hanns Fischer
Dorothe, seine Frau . . Marella Jaff
Eva Gerold . . . . Lorentine Kleinau
Dr. Siegel . . . . Willy Berg
Frau Dr. Siegel . . . Martha Hildebrandt
Fräulein Rahel . . . Alice Becker
Fräulein Selma Meier . Christine Maren
Mlle. Gaston . . . . Augusta Dinsmann
Frau Clotte Kloberer . J. Barbara Müller
Frau Anna Moll . . Anna Schneider
Frau Dr. Kann . . . Käte Fritz
Johann, Chauffeur . . Walther Brenn
Eine Magd . . . . M. Schneider

Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10¼ Uhr.

Mittwoch: Die ernsthafte Heinrichen. (8)

Donnerstag: Gespenster. (7½)

Albert-Theater

Dienstag den 20. Januar

8. Abonnements-Vorstellung, Serie A

Akrobaten

Ein Stück Zirkusleben in vier Akten von Paula Dahl und Hermann Bahr.

Gustav Adolf Müller . Julius Donat
Eugenie, seine Frau . . Paula Wirth
Jean Daniel, deren Sohn . Georgi Hamburg
Rudolfo Daniel, ein Greis . Willi Kleinschmidt
Clairette, dessen Tochter . . Elly Jungfer
Albert Berg, Kaufgerichtsrat . . . . Willy Quent
Christine, seine Frau . . Elisabeth Schultz
Lilly, deren Tochter . . Ilse Dorsler
Friedrich Berg, Referendar . . . . . Max v. Rockenfeld
Karl v. Berg, deren Sohn . Otto Gerlach
Wilhelm v. Brauer . . . Max Jähnig
Walter Rudolf, ein Kleiner . Hermann Dubes
Fritzchen, Rechtsanwalts-Sohn . . . . . Willy Jurasz
Thomas, Kellerpartner . Heinrich Spitzer
Frau Schulze, Zimmerwirtin . . . . . Hella Dunck
Lotte, Dienstmädchen . Jenny Haufe
Der hochbetrübte Polizeiwachtmeister . . . . . Oswald Wolff
Hermann, Dienstjunge . Peter Wimmer
Conrad, Wirt . . . . Joh. Schaefer

Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch nachm.: Alter Heidelberg Nachmittag (3½). Abends: Hanns Maaßen. (8)

Donnerstag: Frau Marianne Gemahlin. (8)

Residenz-Theater

Dienstag den 20. Januar

Wie einst im Mai

Große Posse mit Gesang und Tanz in vier Bildern von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer. Musik von Walter Kollo und Willy Rosenhauer.

Musikalische Leitung: Franz Bremer.

1. Bild: 1850

Fräulein v. Sonnenkamp, Witwe Gräfin . Hilde Greiling
Franziska v. Sonnenkamp, ihre Tochter . Robert Bellarig
E. Lucas v. Sonnenkamp, ihre Kinder . Hilde Langer
Ulrich Graf v. Sonnenkamp, Hofrat . . . . . Hermann Dubes
Gustav Eichstädt . . Marg. Hanna
Dettmann, Gutsverwalter . Franz Seitz
Fritz Müller . . . . Karl Schild

2. Bild: 1854

Gräfin v. Sonnenkamp . Hilde Greiling
Emil Lucas, ein Gatte . Hilde Langer
Ernst Jünchen . . . . Karl Schild
Franziska v. Sonnenkamp . Robert Bellarig
Dragoman, seine Tochter . Ida Dunner
Dettmann, Gutsverwalter . Franz Seitz
Ein Bomber Herr . . . Karl Wiesenthalt

3. Bild: 1866

Kom.-Rat Fritz Jünchen . Karl Schild
Franziska, seine Frau . . Emil Pfeifer
Gräfin . . . . . Hilde Greiling
Dora, ihre Tochter . . Hanna Wolf
Dr. Leopold Mittelstädtler . Robert Bellarig
Hugo, seine Braut aus Kiel . Hanna Pfeifer
Peter Müller, Chasing, Ulrich von Kraba
J. H. Pergamenter jun. . Hermann Wieland

4. Bild: 1913

Graf v. Sonnenkamp . . Emil Pfeifer
Graf, sein Sohn . . . . . .
Franziska v. Sonnenkamp . Robert Bellarig
Dora, ihre Tochter . . Hanna Wolf
Gräfin . . . . . Hilde Greiling
Dora, ihre Tochter . . . . . .
Hans Sonnenberg-Eichstädt . Elisabeth Dubes
Angelbert, Gräfin von Hornfeldt . . . . . Ida Barrow
Müller . . . . . Magdeburgmann

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Mittwoch: Nikolaus. (7½)

Mittwoch und folgende Tage: Wie einst im Mai. (8)

Zentral-Theater

Dienstag den 20. Januar

Die Kinokönigin

Operette in drei Akten. Musik von Jean Gilbert.

Julius Clattenhof, Chef-Direktor des Kinopalastes . . . . . Karl Buhl
Virginia, seine Frau . . Annemarie Bell
Annie, ihre Tochter . . Minni Marcus
Hans Müller, ihr Sohn, Leutnant . . . . . Robert Dietzel
Baron Kopp . . . . . Robert Lauer
Bella Gall . . . . . Anny Marcus
Philipp Patten, Regisseur . . . . . Otto Engelhardt
Lieder zwischen Mary, Mizzy, Bertha, Hulda, Nina, Frauenchorus . . . . . Mitglieder eines Schauspielensemble . . . . . Kathinka Kaiser, Gertrud Bigott, Hanna Kaiser, Anna Dubes, Käte Dubes, Gertrud Kaiser

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Naußlitz. — Druck von Naben u. Romp, Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Das liberale Landtagswahlkartell.

Zu den schon erwähnten Einigungsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und Konservativen wird noch folgendes bekannt:

„Vor einigen Tagen fand im Landtagsgebäude in Dresden eine streng vertrauliche Besprechung zwischen Landtagsabgeordneten der nationalliberalen und fortschrittlichen Volkspartei statt, der auch der Generalsekretär der sächsischen Nationalliberalen beiwohnte. Zwischen den Parteien und Fraktionen wird schon lange über ein Kartell für die nächsten Landtagswahlen im Jahre 1915 verhandelt. Für einige Bezirke Sachsens soll bereits eine Verständigung erzielt sein, in anderen scheint die Sache aber auf größere Schwierigkeiten zu stoßen. Zu ersteren gehört auch die Lausitz, wo die Angelegenheit wegen der Nachwahl am 26. Februar aktuell und dringlich geworden ist. Die Fortschrittler haben in der Lausitz noch einen stärkeren Anhang als in anderen Bezirken Sachsens und dies in der Zittauer Morgenzeitung ein verhältnismäßig einflußreiches Blatt.

Ueber den Lausitzer Bezirk wurde nun in der fraglichen Besprechung verhandelt. Der nationalliberale Vertreter suchte einleuchtend darzutun, daß es „im Lande einen guten Eindruck und auch Schule machen" würde, wenn beide Parteien im zweiten Kreise, wo die Landtagsnachwahl für unseren verstorbenen Genossen Riem stattfindet, zu einer Verständigung kommen würden. Die Freisinnigen stimmten dem durchaus zu und erklärten sich zu Entgegenkommen bereit. Man erklärte: wenn wir die Lausitz für dieses Kartell haben, dann haben wir das ganze Land! Der freisinnige Abgeordnete, der auch im Landesvorstand seiner Partei und im Fraktionsvorstand sitzt, erklärte weiter, daß er persönlich alles tun werde, um eine Einigung zu erzielen. Sie werde allerdings nur auf der „Basis der Parität" zu erzielen sein. Demgegenüber warf der nationalliberale Vertreter die bange Frage auf: Wird denn die Zittauer Morgenzeitung damit einverstanden sein und ihre Haltung danach einrichten? Darauf wurde von der anderen Seite erwidert, daß das als selbstverständlich angenommen werden müsse und könne. Darauf der Nationalliberale: Wir müssen eben zusammenhalten, besonders auch gegen die Konservativen. In der weiteren Erörterung spielte die Präsidentenfrage für den nächsten Landtag ebenfalls eine Rolle. Der freisinnige Vertreter meinte, der nationalliberale Präsident sei gefährdet, wenn die Konservativen etwa gestärkt aus der Landtagswahl hervorgehen. Schon das müsse für die Nationalliberalen Grund genug sein, den Freisinnigen entgegenzukommen. Auf eine Einwendung des nationalliberalen Generalsekretärs erwiderte der Freisinnige: „Um mir liegt es nicht, Herr Generalsekretär." — Nach stundenlangen Verhandlungen kam man — als Grundlage zu einer Einigung in der Lausitz — zu dem Ergebnis, daß im 1., 3. und 5. ländlichen Landtagswahlkreis die Nationalliberalen die Kandidaten stellen, im 2., 4. und 6. die Freisinnigen. „Sie erhalten dann zwei Mandate sicher", so erklärte der Freisinnige den Nationalliberalen."

Nach dieser Darstellung wäre das liberale Kartell so gut wie fertig. Es wird voraussichtlich auch bereits bei der Nachwahl im Landtagswahlkreise Großschönau-Ebersbach in Aktion treten. Für die Landtagswahlen dürfte das liberale Bündnis von erheblicher Bedeutung werden, für die Fortschrittler jedoch, besonders für die in der Lausitz, bedeutet dieser vermeintliche Abschluß eine schroffe Rechtsschwenkung. Dieselbe Partei, die angibt, für das allgemeine gleiche Wahlrecht, für alljährliche Landtagstagungen und andere entschieden liberale Grundsätze einzutreten, verbindet sich mit einer Partei, die alle diese wichtigen Forderungen bekämpft. Dieses Bündnis soll aber zugleich auch der Bekämpfung der Sozialdemokratie, also jener Partei dienen, die diese und andere fortschrittliche Forderungen am nachdrücklichsten fördern konnte. Die Charakterfestigkeit der Fortschrittler hat sich wieder einmal in einem eigenartigen Lichte gezeigt. Ueberrascht sind wir nicht darüber, auch nicht betrübt, denn der Kampf gestaltet sich für uns einfacher, wenn die Fortschrittler mit den Nationalliberalen koalieren sind und sich auf diese Weise selbst um den politischen Kredit bringen, den sie seither noch bei einem Teile der Wählerschaft hatten.

Der Kuhhandel scheint fertig zu sein; ob aber die fortschrittlichen Wähler mit dieser Verbrüderung mit den nationalliberalen Wahlrechtsheuchlern einverstanden sind, erscheint noch recht fraglich. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Fortschrittler besonders in der Lausitz bei den Wahlen statt der erhofften Erfolge Enttäuschungen erleben.

Ein Schreckensurteil wegen Oberstenbeleidigung.

Kürzlich berichteten wir aus Bautzen, daß ein Elfenbeinschnitzer, der sogar Mitglied eines Militärvereins war, wegen angeblicher Beleidigung eines Obersten zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Erregte schon die Höhe der Strafe Aufsehen, so muß das in höherem Maße der Fall sein, wenn man die näheren Umstände kennt, unter denen der Zusammenstoß mit dem Obersten erfolgte. Wir entnehmen einem ausführlichen Berichte über diese Gerichtsverhandlung noch folgendes: Der Angeklagte, Elfenbeinschnitzer Lange, war am 27. November v. J. nach einer ausgedehnten Bierreise mit einigen Bekannten gegen 6 Uhr abends im Wartesaal dritter Klasse gelandet. In seiner Nähe befand sich ein Feldwebel namens Zielke. Im anstoßenden Wartesaal dritter Klasse befand sich der Oberst Hoch, der auf die Jagd fahren wollte, und zwar war er nicht in Uniform, sondern in Jägerkleidung. (Das Gericht kann sich also nicht darauf berufen, daß es „des Königs Rock" hätte schützen wollen.) Oberst Hoch ging nun einmal durch den Wartesaal dritter Klasse, jedesmal stand der Feldwebel auf und nahm Stellung. Der Oberst ging auch an den Feldwebel heran und fragte ihn, ob er Urlaub habe, was der Feldwebel wahrheitswidrig bejahte. Zielke entfernte sich bald darauf. Zwischen dem Angeklagten Lange, der beteuert, den zwischentragenden Obersten als solchen gar nicht erkannt zu haben, und seinen Begleitern entspann sich nun ein Gespräch über den Vorfall, und man unterhielt sich anschließend über militärische Dinge überhaupt. Das verdrossen den Obersten, der sich bereits in den Wartesaal zweiter Klasse zurückgezogen und sogar die Verbindungstür zwischen den beiden Sälen geschlossen hatte, plötzlich wieder herauskommen und barsch zu fragen, wer hier über seine Handlungsweise zu kritisieren hätte. — Wenn man die Situation bedenkt, daß der Oberst sich vorher in einem abgeschlossenen gesonderten Raum aufgehalten hatte, wird man diese Einmengung in ein fremdes Gespräch mindestens sehr überflüssig finden, zumal der Oberst selber nichts Schlimmeres gehört haben will, als die Worte: „Was geht das den Regimentskommandeur an?"

Lange, der nach der durchzechten Nacht stark angetrunken gewesen sein will, was zwei Zeugen unter Eid bestätigen — andere haben es allerdings verneint — entgegnete: „Jawohl, Sie haben meinen Feldwebel beleidigt, Sie haben meinem Feldwebel gar nichts zu sagen. Ich bin auch Soldat." Das letztere wiederholte er mehrmals. Nach der Behauptung des Angeklagten und den eidlichen Bekundungen der Zeugen, Elfenbeinbildhauer Schneider und Bär, soll nun der Oberst auf Langes mehrfache Behauptung, daß er Soldat sei, erwidert haben: „Sind Sie verrückt! Wenn Sie Soldat wären, könnte ich Sie arretieren, Sie Lümmel!" Der Oberst bestreitet allerdings, ein Schimpfwort gebraucht zu haben, er gibt als möglich zu, das Wort „unverschämt" gebraucht zu haben. Wer die Psychologie unserer Gerichte kennt, fragt nicht erst, wem in diesem Falle Glauben geschenkt wurde und wem nicht. Nunmehr kommt das eigentliche Kriminalverbrechen. Lange sagte zu dem Obersten: „Wenn ich satisfaktionsfähig wäre, würde ich Ihnen ein paar hineingeben." Nachher fragte er nochmals: „Soll ich Sie schlagen?" Daß Lange wirklich tätlich geworden sei, behauptet selbst die Anklage nicht.

Wer den normalen Justizbetrieb kennt, weiß, daß solche Wirtshausschimpfereien, wenn sie sich unter gewöhnlichen Sterblichen ereignen, bei Gericht herkömmlich mit der Spitzmarke „bejahrte Geschichte" bezeichnet und mit kleinen Geldstrafen von 5 bis 20 M. geahndet werden. Oft genug werden auch einfach die wechselseitigen Beleidigungen gegeneinander aufgerechnet. Hier aber war der eine Teil ein Oberst. Und die Folge war, daß aus den fünf Mark Geldstrafe, die es sonst vielleicht gegeben hätte, fünf Monate Gefängnis wurden. „Im Interesse der Autorität des Obersten, der Ehre des Regiments und des Beurlaubtenstandes" hatte der Staatsanwalt beantragt, ein „Exempel zu statuieren".

Es bleibt völlig unverständlich, wie ein Gericht einem unter solchen Umständen zustandegekommenen Zusammenstoß an dem einen Teile mit einer so hohen Strafe ahnden konnte, zumal der andere Teil die schweren Beleidigungen ausgestoßen hatte und das Verhalten des Angeklagten nur die Antwort auf den Vorstoß des Obersten war. Wir wissen nicht, inwieweit das Gericht den erwähnten Deduktionen des Staatsanwalts gefolgt ist und sie sich zu eigen gemacht hat. Wäre es aber der Fall, dann hätte man eine Erklärung, dann wäre das Urteil deshalb so unverständlich hart ausgefallen, weil es sich um einen Obersten, einen Offizier handelte. Wo aber bliebe da der Grundsatz, daß ohne Ansehen des Namens und des Standes Recht gesprochen werden soll? Allerdings die Justiz im Klassenstaat hat uns den Glauben an diesen Satz längst ausgetrieben; doch in so deutlicher Weise, wie in dem Bautzner Falle, ist das seither doch selten geschehen.

*

Das Bautzner Schreckensurteil hat aber noch einerlei auffälliges Nachspiel gezeitigt. Aus Bautzen kommt die Mitteilung, daß die beiden Zeugen, die Elfenbeinbildhauer Bär und Schneider, die als Zeugen beeidet hatten, der Oberst habe gegen Lange den Ausdruck „Sie Lümmel" gebraucht, wegen Meineidsverdachts verhaftet worden sind. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß die beiden verhafteten Zeugen auf vorherige Verabredung hin zugunsten des Elfenbeinschnitzers Lange ausgesagt haben. Woher die Staatsanwaltschaft zu dieser Annahme kommt, wird nicht mitgeteilt. Aber man geht wohl nicht fehl, wenn man als einen der Hauptgründe den annimmt, daß ihre Aussagen von einem Offizier bestritten worden sind.

Eine konservative Fronde

gegen den Minister des Innern v. Vitzthum besteht auch nach Ansicht nationalliberaler Kreise. Im Anschluß an die Erörterung über das Verhalten der Konservativen zu der Verordnung wegen einzelner Mitteilungen an Abgeordnete durch Staatsbeamte schreibt die Sächsische Umschau, das Organ des Nationalliberalen Landesvereins:

Doch sei dem wie ihm sei: wie kommt diese Frage zu ihrer politischen Bedeutung? Denn eine solche hat sie. Brachte doch sogar schon eine auswärtige große Zeitung die Nachricht von einer konservativen Fronde gegen den Grafen Vitzthum. Und wer noch nicht recht daran glaubte, dem mußte die auffällige Tatsache stutzig machen, daß sogar die letzte Soiree beim Grafen Vitzthum, also eine gesellige Veranstaltung, im Gegensatz zu früher von den Führern und Vorkämpfern der konservativen Fraktion nicht besucht wurde. Man hat in politischen Kreisen für solche Dinge eine feinere Empfindung, und wenn man sich erinnerte, daß die Konservativen in vergangenen Landtagen ihre sachlichen Meinungsverschiedenheiten zum Präsidenten Dr. Vogel durch Fernbleiben von dessen geselligen Veranstaltungen dokumentierten, so konnte man wohl zur Ueberzeugung kommen, daß der konservative Kampf gegen den Minister des Innern in der Tat begonnen hat. Die Ursachen zu diesem Kampfe liegen natürlich tiefer. Es muß schmerzlich sein, wenn sich sogar Ministerien dem Einflusse einer einseitig konservativ-agrarischen Politik zu entziehen beginnen — und in diesem Augenblicke empfindet man es noch schmerzlicher, daß die Macht des einzelnen Abgeordneten und des Parlaments nicht so weit geht, eine Teilnahme an der Regierung selbst — wie in alten Zeiten — durchzusetzen.

So ist die auffällige Erscheinung zu erklären, daß die sächsischen Konservativen in dem gleichen Augenblick für eine Verstärkung der Macht des Parlaments eintreten, in welchem die preußischen Konservativen unter Führung des Grafen York von Wartenburg Sturm gegen die überhandnehmenden Einflüsse des größten deutschen Parlaments, des Reichstages, laufen: in Preußen wird eine Zurückdrängung der Parlamentsmacht verlangt, in Sachsen eine Erweiterung der Befugnisse des Abgeordneten.

Dieser Zwiespalt ist auffällig. Früher freilich unterschieden sich preußische und sächsische Konservative oft und wesentlich; in Sachsen dominierte doch ein gewisser bürgerlicher und bäuerlicher Einfluß, dessen schroffster Gegensatz der feudale Geist des preußischen Konservativen bildete. Seit dem Regierungsantritt des Herrn von Heydebrand aber war man gewöhnt, daß auch die sächsische konservative Politik in Berlin, wenn nicht direkt in Klein-Tschunkawe gemacht wurde.

Und doch ist diese Divergenz menschlich sehr begreiflich: in Sachsen richtete sich jene Verordnung im wesentlichen gegen die damalige konservative Mehrheit, und das Bedürfnis, die alten durch sie beeinträchtigten Gepflogenheiten fortzusetzen, macht sich nach dem Verluste jener dominierenden Stellung mehr denn je geltend. In Preußen aber ist der Macht des preußischen Parlaments mit seiner konservativ-klerikalen Mehrheit nichts gefährlicher als der demokratischere Reichstag. Also gilt es dort, die Parlamentsmacht zurückzudrängen, hier in Sachsen aber den alten Einfluß der konservativen Abgeordneten zu erhalten.

Also hier wie dort ist es das Bedürfnis nach Macht und Einfluß, das auf einem ganz getrennten Wege doch dem gleichen Ziele zustrebt.

Es mag sein, daß diese Darstellung in einigen Punkten das richtige trifft. Die politische Haltung der Nationalliberalen, insbesondere ihre Rückgratlosigkeit, ist jedoch nicht geeignet, dem konservativen Machtkitzel Abbruch zu tun und ihren Einfluß einzudämmen. Im Gegenteil, ihre jetzige Stärke verdanken die Konservativen zum guten Teil der Unterstützung der Nationalliberalen bei Wahlen und im Landtage.

Freisinnige Jämmerlichkeit.

Die kommunalen Verhältnisse in Schöneck i. V. lassen viel zu wünschen übrig. Manches könnte besser sein, wenn sich die Freisinnigen in der Stadtverwaltung als ernst zu nehmende Männer zeigen würden. Seit Jahren bemühen sich unsere Genossen vergeblich, das Regulativ für die Gemeindesteuer zu ändern. Die niedrigsten Einkommen werden mit 600 Proz. der Staatseinkommensteuer zu den Gemeindeanlagen herangezogen, die höchsten Einkommen werden hingegen nur mit 75 Proz. der Staatseinkommensteuer veranlagt. Noch heute besteht diese schreiende Ungerechtigkeit, denn immer haben die Freisinnigen die Anträge unserer Genossen auf Aenderung dieses niederstimmen.

Mit Hilfe unserer Genossen wurde der freisinnige Stadtverordnetenvorsteher, Lehrer Sieber, als Stadtrat gewählt. Den zweiten Stadtratsposten einem Sozialdemokraten zukommen zu lassen fiel den Freisinnsleuten nicht ein; sie lieferten ihn kalten Blutes den Reaktionären aus.

In der letzten Stadtgemeinderatssitzung lag eine Eingabe des Gewerbevereins vor, die forderte, das Dreiklassenwahlrecht in ein Fünfklassenwahlrecht umzuändern. Unsere Genossen faßten die Gelegenheit beim Schopfe, sie stellten den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Vor zwei Jahren, als der gleiche Antrag gestellt wurde, stimmten ihn die Freisinnigen tapfer nieder. Und als sie deshalb öffentlich angezapft wurden, verschanzten sie sich hinter der faulen Ausrede, daß der Ehrenvorsitzende der freisinnigen Ortsgruppe, Stadtrat Müller, schwerhörig und folgedessen der Situation nicht gewachsen sei. Auch diesmal wurde der Antrag mit Hilfe der Freisinnigen zu Fall gebracht. Die Unentwegten erklärten, daß ja noch im Laufe des Jahres genug Zeit verbleibe, über den Antrag zu verhandeln. Der Antrag wurde nicht einmal unterstützt, so daß er gar nicht zur Verhandlung gestellt werden konnte. Herr Sieber, der mit sozialdemokratischer Unterstützung zum Stadtrat gewählt worden war, wurde vor seiner Wahl ausdrücklich von unseren Genossen befragt, wie er sich zur Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts stelle. Seine Antwort lautete, daß er jederzeit dafür eintrete, sei selbstverständlich. Und einer seiner Gesinnungsgenossen gab die Erklärung ab, daß er es seiner Erziehung schuldig sei, jederzeit für diese Forderung zu stimmen. Die Probe aufs Exempel hat wiederum ergeben, daß auf Versprechungen der Freisinnigen nichts zu geben ist, ihnen nicht über den Weg getraut werden darf. Sie sind sich überall gleich, ihre Jämmerlichkeit wird bald sprichwörtlich werden.

Der Streik-Gendarm.

Dr. Stresemann, einer der Macher im Hansabund, ist jüngst dafür eingetreten, für den Streik-Ueberwachungsdienst besondere Beamte auszubilden. Diesen Gedanken spinnt Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher, der juristische Streikspezialist des Hansabundes, in einem Artikel weiter, den er im Tag veröffentlicht. Er führt dort u. a. aus:

„Die Veranstaltung und Durchführung des Streiks, die Tätigkeit der Streikleitung und der Streikposten, der Terror, der beim Streik geübt wird, das alles ist heute Spezialwissenschaft. Die freien Gewerkschaften wissen das sehr wohl und handeln danach. Sie geben genau ausgearbeitete Anweisungen heraus und schicken ihre gut gedrillten, mit reichen Erfahrungen ausgerüsteten, geschickten und tatkräftigen Streikleiter von der Zentralstelle an den Streikort; dabei ist natürlich die Hauptsache nicht sowohl die gedruckte Instruktion als die lebende Anwesenheit des Streikleiters. Es ist ausgeschlossen, daß unsere örtlichen Polizeiorgane, die vielfach doch glücklicherweise verhältnismäßig selten mit Streiken zu tun haben, so eingearbeitet sind, wie es wünschenswert erscheint. Deshalb ist es notwendig, daß an einer oder mehreren Zentralstellen besondere, und zwar besonders geeignete Beamte für den Streikdienst ausgebildet und jeweilig an die gefährdeten Stellen zur Unterstützung und Hilfeleistung entsendet werden."

Herr Blüher ist, genau wie Herr Stresemann, nationalliberal und es darf angenommen werden, daß der Streik-Gendarm eine der Konzessionen ist, die von den Nationalliberalen den Scharfmachern gemacht werden. Fragt sich nur noch: soll der Streik-Gendarm eine Reichs- oder Landessache werden?

Löbau. Zwischen den Aerzten und Krankenkassen im amtshauptmannschaftlichen Bezirke Löbau ist es nunmehr zu einer Einigung gekommen.

Hohenstein-Ernstthal. Die von der Stadt eingeführte Säuglingsfürsorge hat im vergangenen Jahre in bezug auf die Kindersterblichkeit eine Besserung gezeitigt. Die Zahl der Geburten stieg von 432 auf 447 im Jahre 1913. Die Kindersterblichkeit ging bedeutend zurück. Auch die ärztliche Untersuchung auf Stadtkosten für die Ziehkinder hat sich bewährt.

Burgstädt. Unsere Stadtverordneten stellten für die ärztliche Untersuchung der Schulkinder erstmalig einen Betrag von 500 M. bereit, desgleichen überwiesen sie für den Fonds zum Volksbad einen Betrag von 5000 M. — In unserer Stadt herrscht seit einiger Zeit ein empfindlicher Wohnungsmangel, so daß schon wiederholt Familien in die Nachbarorte ziehen mußten. Die städtischen Kollegien beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung bereits mit dieser Angelegenheit.

Grimma. Das Versicherungsamt hat die am 15. Dezember des vorigen Jahres vorgenommene Ausschußwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Grimma für ungültig erklärt, da an der Wahl unberechtigterweise auch Kassenmitglieder teilgenommen haben, die vom 1. Januar ab einer anderen Kasse zugeteilt worden waren. Bei der Wahl des ersten Kassenvorsitzenden ist der bisherige sozialdemokratische Vorsteher nicht wiedergewählt worden. Da die Arbeitgeber ihm ihre Stimmen vorenthielten, trat er freiwillig zurück.

Großfeuer in Mittweida. 12 Häuser eingeäschert.

Mittweida, 19. Januar. Die Stadt Mittweida ist gestern abend von einem schweren Brandunglücke heimgesucht worden. Gegen 10 Uhr abends brach in dem am Markte gelegenen Hause des Fleischermeisters Eidam ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit nach beiden Seiten hin verbreitete, sodaß nach einer Stunde die ganze Breitseite des Marktes in Flammen stand. Zwölf Häuser sind fast gänzlich niedergebrannt. Die gesamte Feuerwehr, die freiwillige Schutzmannschaft und die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz war an der Brandstätte tätig. Ein Feuerwehrmann erlitt bei den Löscharbeiten einen Beckenbruch und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Durch das Brandunglück sind 23 Familien obdachlos geworden. Erst in später Nachtstunde gelang es, des Feuers Herr zu werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik.

Verkehrswünsche.

Um Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Dresden-Trachenberge (Wilder Mann) nach Boxdorf-Reichenberg und Eisenberg-Moritzburg wurden die Gemeinderäte zu Boxdorf, Eisenberg, Rähnitz-Hellerau, Reichenberg, Wahnsdorf und Wilschdorf beim Landtage wiederum vorstellig. Um diese Straßenbahn wird schon seit 1909 regelmäßig petitioniert, bisher aber vergeblich, so daß der Wunsch dieser Gemeinden nach Förderung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse durch eine unmittelbare Verbindung mit der Stadt Dresden keine Erfüllung gefunden hat. In der neueren Eingabe wird allenthalben auf die bereits früher geltend gemachten Gründe Bezug genommen mit dem Bemerken, daß sie auch heute noch zutreffen, da die Verhältnisse in den Gemeinden die gleichen geblieben seien. Ergänzend wird hinzugefügt, daß der ständig zunehmende Ausflugsverkehr aus Dresden nach der fraglichen Gegend auch im Winter beobachtet werden kann und daß die erbetene Straßenbahn auch dem im Entstehen begriffenen großen Licht- und Luftbad besonders viele Fahrgäste zuführen wird. Wenn auch das Flugplatzprojekt Reichenberg-Boxdorf vorläufig nicht zur Ausführung kommen konnte, so sei — so wird ausgeführt — diese Möglichkeit doch noch vorhanden. (?) Es werde dann ein großer Zuzug eintreten, der die Rentabilität der Straßenbahn um ein Bedeutendes wahrscheinlicher mache.

In der 1911er Petition sei eingehend darüber berichtet worden, wie die fraglichen Gemeinden in vielen wirtschaftlichen Beziehungen zu Dresden stehen, daß es nur der Straßenbahnverbindung bedürfe, um außerordentlich günstiges und billiges Bauland aufzuschließen, in gesunder, landschaftlich schöner Lage billige Wohnungen zu bekommen, den Gemeinden die fehlenden Steuerkräfte zuzuführen und so mittelbar auch dem Staate einen nicht zu unterschätzenden Nutzen durch Hebung des Volksvermögens zu bringen. Durch die geplante Straßenbahnstrecke werde auch zugleich das zwischen Wilder Mann und Baumwiese gelegene fiskalische Areal als schönes, wertvolles Baugelände für künftige Wohnhäuser aufgeschlossen. Weiter wird mitgeteilt, daß man sich wegen Ausführung der Straßenbahn mit dem Rate zu Dresden in Verbindung gesetzt und die Bereitwilligkeit der Gemeinden mitgeteilt habe, Beiträge zu den Baukosten in angemessener Höhe zu bewilligen. Auch sei die Frage der Bildung eines Gemeindeverbandes angeregt worden, doch sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Am 25. Juli 1913 habe der Rat mitgeteilt, daß er zurzeit kein Interesse mehr an der geplanten Straßenbahn habe. Nun setzen die Petenten ihre Hoffnung auf die Staatsregierung und den Landtag. Die Gemeinden seien zu den höchsten Opfern bereit.

Endlich wird um die Herstellung der Verbindungsstrecke Hellerau—Rähnitz—Wilschdorf—Boxdorf im Anschluß an die Linie Wilder Mann—Reichenberg gebeten und erklärt, daß durch diese beiden Linien der ganze Norden von Dresden in kurzer Zeit der seit langem sehnlichst erwünschten baulichen Erschließung entgegengeführt werden würde. Die beiden Gemeinden Rähnitz und Wilschdorf befänden sich zurzeit insofern noch in einer besonders ungünstigen Lage bezüglich ihres Verkehrs mit Dresden, als die einzige, für beide Orte in Frage kommende Verbindungsstraße an der Hellerschenke vorbei über den Truppenübungsplatz Heller nach dem St.-Pauli-Viertel für Fuhrwerke und Fußgänger bei Truppenübungen zeitweilig für allen Verkehr gesperrt ist.

Submissionskartell und gute Sitten.

Das Reichsgericht gibt neuerdings wieder ein drastisches Beispiel dafür, wie sich die Moral im Wandel der Zeiten durch die Produktionsweise ändert. Es handelte sich um die Frage, ob eine von den Gewerbtreibenden als „Schutzabkommen" bezeichnete Vereinbarung, nach der bei öffentlichen Verdingungen der schützende Teil sich verpflichtet, eine höhere Preisforderung zu stellen als der zu schützende, damit unter regelmäßigen Verhältnissen dieser den Zuschlag vor dem schützenden erhalte, gegen die guten Sitten verstoße. Das Reichsgericht führte hierüber, wie wir der Köln. Zeitung entnehmen, u. a. folgendes aus: „Möge das Abkommen zwischen den Parteien der Gesinnung eines Mannes von vornehmer Denkart widerstreben, so darf doch bei der Prüfung, ob es dem Anstandsgefühl eines gerecht und billig denkenden Menschen zuwiderlaufe, wie es als gute Sitte namentlich unter den Berufs- und Klassengenossen der Parteien (Gewerbebetreibenden) herrscht, nicht aus den Augen verloren werden, wie die Verabredungen zum gegenseitigen „Schutz" bei öffentlichen Verdingungen entstanden seien. — Dann wird näher dargelegt, wie die Schmutzkonkurrenz so üppige Blüten treibt. Das sei den Gemeinden und sonstigen Submittenten bekannt, so daß das Schutzabkommen eine Täuschung nicht bedeuten könne. Aber möge dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls seien diese der wirtschaftlichen Not und dem Selbsterhaltungstriebe entsprungenen Schutzvereinigungen in solange nicht als sittlich verwerflich anzusehen, als die etwaige Täuschung nicht als ein Mittel benutzt werde, um zum Schaden des Verdingenden unangemessene Preise durchzusetzen. Werde ein Werk nur im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben, so bleibe, wie die Verhältnisse sich tatsächlich entwickelt hätten, den Bewerbern, die die Zerrüttung ihres Gewerbes durch ein einsichts- und schrankenloses gegenseitiges Unterbieten hintanhalten wollten, nicht viel anderes übrig, als sich vorher über die Preisgebote zu verständigen. (!) Neben dem Streben des Verdingenden, zu möglichst niedrigem Preise die Werklieferung zu erhalten, sei eben auch das des Unternehmers nach einem auskömmlichen Lohn für seine Leistung zu berücksichtigen."

Die Hilflosigkeit und Widersinnigkeit der kapitalistischen Wirtschaft wird durch diese geschraubten und gekünstelten Deduktionen in helle Beleuchtung gerückt.

Arztregister für die Krankenkassenpraxis.

Auf Grund des bereits bekanntgegebenen Abkommens, das im Reichsamt des Innern zwischen Vertretungen der Aerzteschaft und der Krankenkassen über die künftige Regelung des Verhältnisses zwischen Aerzten und Krankenkassen vereinbart worden ist, wird beim städtischen Versicherungsamte ein Arztregister eingerichtet, „in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einzutragen hat, einerlei, ob er einer Organisation angehört oder nicht". Dies wird mit dem Hinweis darauf zur Kenntnis aller Interessenten gebracht, daß nach jenem Abkommen nur die im Register eingetragenen Aerzte zur Kassenpraxis zugelassen werden dürfen und die dort eingetragenen Aerzte in besonderem Maße berufen sind, bei der künftigen Gestaltung der ärztlichen Fürsorge für Krankenkassenmitglieder, der Stellung von Aerzten und Krankenkassen zueinander und dergleichen mitzuwirken. Das Register liegt im neuen Rathause, Zimmer 29, für die beteiligten Aerzte zur Eintragung aus. Da es bereits in allernächster Zeit bei der Bildung von Vertretungen der Aerzteschaft bezw. der Kassenärzte nach dem erwähnten Abkommen mit als Unterlage dienen wird, empfiehlt sich für alle Aerzte, die bei Krankenkassen mit dem Sitz im hiesigen Amtsbezirke (dem Dresdner Stadtgebiete) oder sonst innerhalb dieses Bezirkes Kassenpraxis betreiben wollen, sich umgehend in das Register einzutragen. Nach dem Abkommen „gelten diejenigen Aerzte, die bisher Kassenpraxis ausgeübt haben, als im Arztregister eingetragene Aerzte und sind darin von Amts wegen zu führen".

Das Sarrasani-Theater

soll sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befinden, wie schon jüngst in der Presse angedeutet wurde. Es hieß sogar, der Direktor habe sich verduftet. Demgegenüber wurde von der Theaterleitung die Dementierspritze in Bewegung gesetzt. Jetzt wird jedoch gemeldet: „Eine Gläubigerversammlung des Sarrasani-Theaters fand am Donnerstag bei Anwesenheit von 30 Gläubigern statt. Das beantragte Moratorium wurde abgelehnt und beschlossen, eine Gestundung der Forderungen bis zum 26. Januar zu bewilligen. Der Direktor Stosch-Sarrasani soll bis dahin dem Vertrage gemäß 40 Prozent der Einnahme des Theaters weiter erhalten, während die übrigen 60 Prozent zur Deckung der Unkosten Verwendung finden sollen. Wenn der Fortbestand des Theaters möglich ist, soll eine Ausschüttung von 10 Prozent der Tageseinnahme erfolgen."

Danach steht es mit den Finanzen des Unternehmens tatsächlich recht schlecht. Ein Wunder ist das nicht, denn der Besuch war bisher herzlich schlecht, freilich auch die Darbietungen. Ueber diese Wechselwirkungen braucht man sich nicht zu grämen, im Gegenteil.

Die Dresdner Rundschau

widmet uns in ihrer letzten Nummer beinahe eine ganze Seite lieblicher Schimpfereien. Etwas viel auf einmal. Der Grund zur Abfeuerung dieses groben Geschützes liegt in den etwa einhalb Dutzend Zeilen, die wir kürzlich einem Gerichtsbericht anfügten, der von einem Prozeß des verantwortlichen Redakteurs der Dresdner Rundschau handelte. Der Raum unseres Blattes und unsere Zeit sind zu kostbar, das Gekläff der Rundschau zu unbedeutend, als daß wir in der gleichen Länge dienen möchten. — Die Rundschau will glauben machen, daß ihr Verantwortlicher durchaus korrekt gehandelt habe. Das sucht sie im einzelnen darzutun. Für den urteilsfähigen Leser ist daraus nur das eine zu erkennen, daß aber auch alles, was das Blatt in dem angeklagten Artikel schrieb, nicht wahr gewesen ist! Wenn die Sache so steht, müssen wir uns bescheiden. Damit kennzeichnet sich das Blatt aber selbst, daß es wieder einmal grundlos in der leichtfertigsten Weise mit der Ehre anderer Menschen umgegangen ist. Revolverjournalistik! — Wir wollen dem Blatte übrigens bemerken, daß wohl fast alle die Personen, die im Gerichtssaale der auffälligen Zurückzieherei beiwohnten, dieselben Empfindungen hatten, denen wir Ausdruck geben. Vielleicht erkundigt man sich darüber einmal beim Verleger der Rundschau, dem ein Herr empört ins Gesicht sagte: „Jetzt haben Sie sich auch den letzten Rest von Ansehen vergeben." — Die gehässige Anrempelung der Gerichtsberichterstatter der Presse ist nur ein Verlegenheitsgeschimpfe. Auch der Vergleich, den das Blatt mit unserem Verhalten wegen des Stadtverordnetenwahlaufrufs zieht, trifft ganz daneben. Wir haben von dem Artikel nur ein einziges Wort, rein formell, zurückgenommen und konnten das, ohne uns das geringste zu vergeben, weil es tatsächlich nicht so gemeint war, wie es auf der anderen Seite verstanden und ausgelegt wurde. Der Herr Rundschau-Redakteur aber läßt vor Gericht 29 Zeugen (so viel waren es wohl) samt Gewährsmann im Stich, noch ehe die Beweisführung begonnen. Es dürfte auch selten ein Presse-Angeklagter eine derart traurige Figur vor Gericht gemacht haben. Mit dieser Feststellung legen wir den galligen Quatsch des „Dresdner Wochenblatts für Kritik und Humor" ohne jede Aufregung beiseite. Denn so etwas ist nicht mehr ernst zu nehmen.

Verhandlungen vor den Geschworenen.

Die einzelnen Hauptverhandlungen der diese Woche unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schickert beginnenden ersten diesjährigen Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts sind wie folgt anberaumt: Dienstag den 20. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Handlungsgehilfen Lehmann aus Berlin wegen versuchten Straßenraubes. Mittwoch den 21. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Arbeiter Nitzsche aus Dresden wegen versuchter schwerer Urkundenfälschung; vormittags 10¼ Uhr gegen den früheren Kanzleivorstand Weigel aus Dresden wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs. Donnerstag den 22. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Kaufmann Richter aus Annaberg wegen schwerer Urkundenfälschung und versuchten Betrugs. Freitag den 23. Januar und eventuell Sonnabend den 24. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Auktionator und Rechtskonsulenten Uhlitzsch aus Calbitz wegen Meineids in drei Fällen. Montag den 26. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen die Fabrikarbeiterin Frömberg aus Gersdorf wegen Verleitung zum Meineid und wegen Meineids. Mittwoch den 28. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Arbeiter Biela aus Horscha wegen Sittlichkeitsverbrechens. Donnerstag den 29. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Arbeiter Schulze aus Zscheila wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens; vormittags 11½ Uhr gegen den Dienstknecht Schilder aus Reichstein wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens. Freitag den 30. Januar und eventuell Sonnabend den 31. Januar, vormittags 9¼ Uhr, gegen das frühere Dienstmädchen Herrich aus Ludwigstadt wegen Meineids in zwei Fällen und Betrugs. Montag den 2. Februar und eventuell Dienstag den 3. Februar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Drogisten Ebmeyer aus Bünde wegen Meineids und Hinterziehung der Zwangsvollstreckung, sowie gegen geschiedene Ebmeyer geborene Döring aus Oschatz wegen Beihilfe zur Hinterziehung der Zwangsvollstreckung. Mittwoch den 4. Februar und eventuell Donnerstag den 5. Februar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Uhrmacher Raske aus Pyritz wegen Meineids und Abgabe einer falschen Versicherung an Eidesstatt, sowie gegen die Verkäuferin Joannou aus Dresden wegen Begünstigung. Freitag den 6. Februar, vormittags 9¼ Uhr, gegen die Aufwärterin Töpfert aus Zitzschewig wegen Meineids und gegen den Maschinenschlosser Schuster aus Deuben wegen Anstiftung zum Meineid. Sonnabend den 7. Februar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Kaufmann Kauratzki aus Bischofswerda wegen Sittlichkeitsverbrechens. Montag den 9. Februar, vormittags 9¼ Uhr, gegen den Schlossergehilfen Koren aus Triest wegen versuchten Totschlags, schweren Diebstahls und Uebertretung.

Neue Bürger. Im Dezember wurde 483 hiesigen Einwohnern das Bürgerrecht erteilt. Nach Berufen entfallen davon auf Ansässige: 7 Gewerbtreibende, 1 Handeltreibender, 1 Staats-, 2 Privatbeamte und 3 Privatleute, zusammen 14; auf Unansässige: 49 Gewerbtreibende, 157 Gewerbsgehilfen, 30 Arbeiter, 9 Handeltreibende, 77 Staats-, 50 Gemeindebeamte, 11 Lehrer, 1 Rechtsanwalt, 1 Arzt, 70 Privatbeamte, 14 Privatleute, zusammen 469. Außerdem wurden 13 Bürgerinnen verpflichtet.

Mord und Selbstmord. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr erschoß der in den fünfziger Jahren stehende Kunst- und Handelsgärtner Hermann Grosser erst seine Frau und dann sich selbst. Als das Dienstmädchen um Mitternacht in die auf der Prager Straße 44 gelegene Wohnung von ihrem Ausgange zurückkehrte, fand sie die Leichen des Ehepaares auf dem Sofa sitzend tot vor.

Ein polizeiwidriger Film. Die Polizeidirektion Dresden hat vor kurzem einen Film, der das Schächten vorführte, zur Vorführung nicht zugelassen.

Unfälle. Am Sonnabend nachmittag stürzte in krankhaftem Zustande ein 53 Jahre alter Kaufmann in einem Hause der Stephanienstraße aus dem dritten Stock in den Hof hinab und verstarb alsbald. — Am Sonntag mittag wurde eine in der Kronprinzenstraße wohnhafte, 61 Jahre alte, alleinstehende Frau K. von einem Blutsturz befallen und verstarb während ihrer Beförderung nach dem Krankenhause.

Vermischte Nachrichten. Wer Zeit und Lust hat, einen Spaziergang über die Elbe zu unternehmen, der kann dieses Vergnügen in Rathen haben, wo der Fluß zugefroren und gangbar gemacht ist. — Im elektrischen Straßenbahnbetriebe ereigneten sich im Dezember 20 Unfälle. Darunter waren 18 Zusammenstöße. Bei 10 Unfällen wurden 10 Personen verletzt. Ein Mann ist an den Folgen verstorben.

Pieschen-Trachenberge. Für die Genossinnen findet morgen Dienstag, abends 9 Uhr, ein Diskussionsabend im Köpenicker Hof, Hans-Sachs-Straße 23, statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Gewerbegericht.

Der Heizer Heine war bei der A.-G. Panzerkassen-, Fahrrad- und Maschinenfabriken, vorm. H. W. Schladitz gegen 23 M. Wochenlohn in Stellung gewesen. Aus diesem Arbeitsverhältnis fordert er noch 40,50 M. Lohnrest für geleistete Ueberstunden. Die Arbeitszeit war von früh 6 bis abends 6 Uhr; der Kläger mußte aber bis in die Nacht hinein arbeiten. Das Gericht ist der Ansicht, daß bei Wochenlohn Ueberstunden nicht zu vergüten sind. Eine übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft aber müsse bezahlt werden. Vergleichsweise gibt sich der Kläger mit 15 M. zufrieden. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Hörich. Unternehmerbeisitzer: Generaldirektor Keller und Mechaniker Meißer. Arbeiterbeisitzer: Former Pahzig und Hutarbeiter Döm.)

Aus der Umgebung.

Niedergorbitz. Erschossen hat sich am Sonntag der Bäckermeister Mobes, angeblich wegen geschäftlicher Sorgen. Der Lebensmüde betrieb seine Bäckerei bereits gegen 30 Jahre.

Obergorbitz. An derselben Stelle, wo sich vor Jahresfrist seine Frau erhängte, tötete sich am Sonnabend auf gleiche Weise der Schlosser Fuhrmann.

Burgk. Mittwoch den 21. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung. Wichtige Tagesordnung.

Malter. Die Talsperre ist nun ganz voll Wasser. Der Wasserspiegel ist zurzeit völlig zugefroren, darf aber nicht betreten werden. Die Anlage bietet so ein schönes Winterbild.

Tharandt. In der letzten Stadtgemeinderatssitzung wurde der zwischen der Thüringer Gasgesellschaft, der Besitzerin der Döhlener Gasanstalt, und den Gemeinden Rabenau, Coßmannsdorf und Somsdorf abgeschlossene vorläufige Vertragsentwurf genehmigt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, das Straßenrohrnetz auf ihre Kosten herzustellen, so daß den Gemeinden durch die Einführung von Gas keinerlei Kosten erwachsen. Bei der Benutzung der Straßen und Wege zur Einlegung des Rohrnetzes hat die Gesellschaft den Anordnungen der Gemeinden unter allen Umständen Rechnung zu tragen.

Parteiangelegenheiten.

Auch eine Wirkung des Kölner Polizeiprozesses.

Unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, schreibt:

„Trotz Nachtarbeit und Einstellung neuer Hilfskräfte vermag unsere Expedition die Massenwünsche nach unserer Zeitung kaum noch zu bewältigen. Am gestrigen Tage mußte dreimal nachgedruckt werden; allein für den Straßenhandel wurden über 10000 Exemplare abgegeben, die durchweg reißend abgingen. An allen Straßenecken der inneren Stadt, in allen großen Restaurants machten die Händler so gute Geschäfte, daß sie sich ähnliche Prozesse das ganze Jahr hindurch wünschen. Genau so steht es mit dem Abonnentenzuwachs. Seit dem 4. Januar bis zum gestrigen Tage haben sich über 1000 neue Abonnenten zum regelmäßigen Bezuge der Zeitung gemeldet. Das sind so Wirkungen des Polizeiprozesses, die der Herr Polizeipräsident und mancher andere gewiß nicht vorausgeahnt haben!"

Genosse Sollmann wurde übrigens, als er am Sonnabend nach der Urteilsverkündung das Gerichtsgebäude verließ, von der dichtgedrängten Volksmenge lebhaft begrüßt.

Bebels Memoiren.

Der Verlag Dietz in Stuttgart kündigt das Erscheinen des dritten Bandes von Bebels Lebenserinnerungen an. Das Buch ist von Kautsky bearbeitet und erscheint Mitte Februar.

Stimmenthaltung im Wahlkreise Rosenberg-Löbau.

Eine Parteiversammlung in Deutsch-Eylau, der größten Stadt des Rosenberg-Löbauer Wahlkreises, beschloß für die Reichstagsersatzwahl am 21. Januar Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Partei, da die aufzuwendenden Opfer in keinem Einklang zu dem Erfolg stehen würden.

Preßprozesse.

Genosse Schröder, der Redakteur der Danziger Volkswacht, sollte sich am 15. Januar vor der Danziger Strafkammer in zwei Fällen der Schutzmannsbeleidigungen verantworten. Der eine Prozeß wurde vertagt, weil ein wichtiger Zeuge am Erscheinen ver

rt war. Im anderen Falle versagten die Zeugen. Ihre, dem …verlatter der Volkswacht gemachte Aussage bleiben sie zur Ge… nicht aufrecht. Das Urteil lautete auf 150 M. Geldstrafe. …M. hatte der Staatsanwalt beantragt.

Die tschechische zentralistische Sozialdemokratie

…t zurzeit 14 200 politisch organisierte Mitglieder, sie besitzt ein …tagsmandat und 43 Gemeindevertretermandate, zwei Tageblätter …en und Prag und eine Anzahl seltener erscheinender Blätter. …Einnahmen der Partei betrugen 1913 40 000 Kronen. Den Zen…gewerkschaften gehören 77 000 tschechische Arbeiter an, den zentra…len Genossenschaften etwa 19 000 Mitglieder.

Socialisme et Lutte de Classe

…t sich eine neue französische Halbmonatsschrift. Die Zeitschrift …int unter Leitung von Jules Guesde und Bracke; …usgeber ist Compère-Morel. In der redaktionellen Er…ng heißt es: „… Das Publikum, an das wir appellieren, …t alle Regionen, wo das Proletariat französisch spricht. Dieser …nationale Charakter, verstärkt durch den Beitritt, den uns her…ragende Genossen und Schriftsteller der gesamten Internationale …en haben, zeigt zur Genüge, daß es sich für uns nicht darum …elt, eine einseitige Auffassung der sozialistischen Aktion eines …es einer anderen, entgegengesetzten Auffassung gegenüber zu …tein. Allen Sozialisten bieten wir ein Arbeitsinstrument; …internationale Sozialismus wird von den gemeinsamen Be…ungen gewinnen. Die Aufgabe der Revue wird sein, auf das …ium aller Tatsachen und Ereignisse die marxistische Methode …wenden …“ Unter den Mitarbeitern sind genannt de Brou…, Kautsky, Karski, Th. Rothstein, Viktor Adler, Pablo Iglesias, …riette Roland-Holst, Lerda, Plechanow usw.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

…sozialdemokratische Presse als Vertreterin gewerkschaftlicher Interessen.

In einer der Fränkischen Tagespost in Nürnberg zugedacht ge…enen Beleidigungsklage fällten die Ansbacher Gerichte eine inter…te Entscheidung. Bei den Ortskrankenkassenwahlen in Ansbach …en sich einige Hirsch-Dunckersche auf der amtlichen Liste aufstellen …von den Unternehmern und dem Versicherungsamt öffentlich …fehlen lassen. Dafür wurden sie in der Fränkischen Tagespost …Arbeiter, die schon mit einem freundlichen Blick der Unternehmer …Behörden zufrieden sind“, als „rückgratlos“, „lammfromm“ und „im Schlepptau der Unternehmer und Behörden hängend“ be…net. Diese Bemerkungen veranlaßten den Führer der Hirsche, …rhalter Schmidt, zur Klage, die aber sowohl vom Amtsgericht …auch vom Landgericht zurückgewiesen wurde. In den Gründen …es:

„In der Zusendung des Artikels konnte der Redakteur mit …t einen Auftrag, die Wahlinteressen der Ansbacher Gewerk…ten öffentlich zu vertreten, erblicken. Diesen Auftrag durfte …m Hinblick auf seinen Beruf und die Richtung seines Blattes …rechen. Ohne daß auf die politisch umstrittene Frage, welche …ehungen zwischen der politischen Sozialdemokratie und der …werkschaftsbewegung bestehen, näher einzugehen, ist es eine …ngbare und dem Gericht feststehende Tatsache, daß die wirt…lichen Interessen, die sich in der Gewerkschaftsbewegung ver…ern, von der sozialdemokratischen Partei und insbesondere …der sozialdemokratischen Presse publizistisch vertreten werden. …t man davon aus, daß der Angeklagte bestrebt war, durch die …öffentlichung des Artikels dem auch für ihn als berechtigt an…erkennenden Interesse an einem Wahlsieg der gewerkschaftlichen …zu dienen, so kann der Inhalt des Artikels nicht als strafbare …idigung beurteilt werden, auch wenn die beanstandeten Ausdrücke …sich beleidigend sind. Das Eintreten für die Interessen einer …tei im Wahlkampf bringt es mit sich, daß auch die persönlichen …nschaften und Lebensverhältnisse des Gegners unter dem Gesichts…t seiner Eignung zu den an den Erwählten zu stellenden An…erungen erörtert werden … Es läßt sich dem Angeklagten nicht …erlegen, daß er mit dem Hinweis auf die Abhängigkeit des …ners und seiner Gesinnungsgenossen lediglich und ausschließlich …Zweck verfolgte, der gewerkschaftlichen Liste Wähler zuzuführen …solche von der gegnerischen Liste fernzuhalten. Der Angeklagte …daher in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Die Klage …unbegründet und war zurückzuweisen.“

Lokales.

Die Glasfabrik Firma Siemens gründet einen Werkverein.

Zu den „Wohltaten“, die die Firma Siemens in Döhlen ihren …beitern bietet und die schon oft in der Oeffentlichkeit beleuchtet …den, kommt eine neue. Sie hat einen Werkverein gegründet. …Sonnabend den 10. Januar wurde bei der Lohnzahlung an die …eiter der Firma eine Hudelschrift des Reichsverbandes …en die Sozialdemokratie verteilt. Sie ist herausgegeben …„Vaterländischen Arbeitersekretariat“ Breslau. In diesem …richen befanden sich zur Ueberraschung der Arbeiter ein An…meldeschein zu dem neu gegründeten Werkverein und ein …zug aus dessen Statut. Der Anmeldeschein lautet:

Ich ersuche hiermit um Aufnahme als ordentliches Mitglied …n den Werkverein, Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vorm. Friedrich Siemens, Abteilung Döhlen. Ich erkläre, daß ich keiner …Organisation angehöre, die Personen umfaßt, die in außerhalb der …Firma stehenden Betrieben beschäftigt sind. Ich erkläre weiter, …daß ich auch keine dieser Organisationen in irgendeiner Form …unterstütze. Ferner erkläre ich mich damit einverstanden, daß mir …der in den Statuten festgelegte Beitrag zum Werkverein wöchent…lich vom Lohne abgezogen wird. Von den Satzungen habe ich …Kenntnis genommen. Ich erkenne dieselben als für mich bindend an.

Nach den Satzungen beträgt der Beitrag 20, 25 und 30 Pf. …wird gewährt für Ehefrauen der Mitglieder eine Unterstützung …10 M. bei Entbindungen, eine Konfirmandenbeihilfe von 20 M., …e Notfallunterstützung, solange Geld vorhanden ist, ferner sollen …Kinder der Mitglieder in eine Ferienkolonie geschickt werden, wenn …dessen bedürftig sind. Zu den Wohlfahrtseinrichtungen der Firma, …rnesstiftung und Pensionskasse, tritt also nun eine neue, für …die Arbeiter von ihren schon so oft kritisierten Hungerlöhnen die …träge zahlen dürfen und aus der sie — wenn sie brave Arbeiter …d — auch einmal eine Unterstützung beziehen können. Wie die …ma ihre Arbeiter unterstützt, das zeigt das Verfahren bei der …Arbeiterpensionskasse. Arbeiter, die sich jahrzehntelang für die Firma …rackerten, erhielten nichts, als sie rausrangiert wurden. Nach den …tuten des Werkvereins sollen Jubilare eine Prämie erhalten. …Jahre aber muß der Arbeiter Mitglied des Werkvereins sein, um …eine Ehrengabe bis zu 150 M. zu erhalten. Wie die …eiter der Firma von den Wohltätigkeitseinrichtungen profitieren, …zeigen all die abgearbeiteten und gebrochenen Menschen, die …Döhlen zu sehen sind, die, wenn sie die schwere Arbeit nicht …r verrichten konnten, erbarmungslos aufs Pflaster geworfen …rden und nie etwas von Wohltätigkeit merkten. Die Arbeiter…t beseelt nichts anderes als verhaltener Groll über all das, was …den Wohlfahrtseinrichtungen als ungerecht empfunden wird. …nn die Firma trotzdem glaubt, daß ihre Arbeiter zu dem neuen …rkverein Vertrauen fassen könnten, so nur deshalb, weil sie mit …wendeten Finessen arbeitet. Sie hat nämlich das übliche Weih…nachtsgeldgeschenk im vergangenen Jahre weggelassen …rn und hat, damit der Werkverein kein totgeborenes Kind sein …r, den Jubilaren ihre Arbeitsjahre rückwirkend in Anrechnung …racht. Es wird also eine Wohltat genommen, um …andere zu gewähren. Dabei wird das Los der Arbeiter …nichts gebessert, im Gegenteil. Aber die Firma kann sich aufs neue mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen vor der Oeffentlichkeit brüsten. Der neue Werkverein ist nicht aus Liebe zu den Arbeitern gegründet worden, sondern wegen der Lohnbewegung, die trotz aller Versuche zur Einigung durch die Hartnäckigkeit des Generaldirektors immer noch andauert. An das gute Herz der Firma kann kein Mensch glauben, der die unwürdige Behandlung der Arbeiter, ihre Arbeitsweise und herrende Entlohnung kennt. Die Arbeiterschaft verlangt von der Firma Siemens wie überall angemessene Behandlung und ausreichende Entlohnung und verzichtet auf ein gnädigst gewährtes Gnadenbrot. Deshalb wird man auch bei äußerstem Terrorismus mit dem Werkverein das Ziel, die Vernichtung der Organisation, nicht erreichen. Dafür wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sorgen.

* * *

Wir empfehlen den beteiligten Kreisen eine Entscheidung des Gewerbegerichts in Chemnitz, das erst kürzlich entschied, daß die Beiträge für einen Werkverein vom Lohn nicht abgezogen werden dürfen, und zwar auch dann nicht, wenn die Arbeiter sich ausdrücklich durch Revers mit dem Abzuge einverstanden erklärt haben. Ein solcher Abzug verstoße gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz, gegen die §§ 134 und 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die §§ 115a und 117 der Gewerbeordnung.

Inland.

Mitgliederrückgang im Verbande katholischer Arbeitervereine (Sitz München-Gladbach).

Der Arbeiter, Organ der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) teilt in seiner Nummer 3 vom 18. Januar mit, daß sein Nebenbuhler, der München-Gladbacher Verband, der Schützling der „christlichen“ Gewerkvereine, von 204 149 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1912 auf 202 000 im Jahre 1913 sank. Ist der Mitgliederrückgang nur auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen oder tut die Enzyklika im Verborgenen ihre Schuldigkeit? Langsam, aber sicher schwindet die München-Gladbacher Richtung.

Statistik über Lebenshaltung.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen weist in der letzten Nummer des Verbandsorgans auf die Wichtigkeit einer Statistik über die Lebenshaltung der Arbeiter hin. Er fordert diejenigen Kameraden, die gewillt sind, für ihren Haushalt eine derartige Statistik zu führen, auf, ihre Adressen umgehend, und zwar bis spätestens Ende Januar, durch den Zahlstellenvorstand bei dem zuständigen Gauleiter einzureichen. Die Statistik soll mit dem 1. März d. J. beginnen. Das dazu erforderliche Material wird an die interessierten Mitglieder unentgeltlich abgegeben.

Friede im Bund der technisch-industriellen Beamten.

Der Beamtenkonflikt, der fast ein Jahr lang den Bund der technisch-industriellen Beamten in Krisenspannung hielt, ist beigelegt. Die neueste Nummer der Industriebeamten-Zeitung bringt eine von sämtlichen Beamten des Bundes unterschriebene Erklärung, in der gesagt wird, daß beide Teile den Konflikt für endgültig erledigt halten und allen Bestrebungen, ihn wieder aufzurollen, die Unterstützung verweigern werden.

Ausland.

Der Dubliner Streik beendigt.

London, 17. Januar. Nach Meldungen aus Dublin hat dort die Streikleitung nach einer Sitzung, die die ganze Nacht dauerte, den Abbruch des Streiks beschlossen. Der Kampf hat zwanzig Wochen gedauert. — Nach den vorliegenden Resultaten der teilweisen Gemeinderatswahlen, die am Donnerstag in Dublin stattfanden, haben die Arbeiter zwei neue Mandate gewonnen. Auch in den übrigen Bezirken schnitten sie nicht schlecht ab, trotz der wüsten Hetze, die von den katholischen Pfaffen gegen die Arbeiterkandidaten betrieben wurde.

Bauarbeiteraussperrung in England?

London, 18. Januar. England wird von einem neuen Streik bedroht. Zwischen den englischen Bauunternehmern und Arbeitern ist es zu ernsten Konflikten gekommen. Wenn nicht noch in dieser Woche eine Einigung erzielt wird, wollen sich die Bauunternehmer zusammenschließen und allgemein ihre Arbeiter aussperren. Eine solche Maßnahme wäre von unabsehbaren Folgen, da von der Aussperrung etwa 150 000 Mann betroffen würden. Die Bauunternehmer wollen zu dieser Maßnahme greifen, wenn es nicht gelingt, die Arbeiter von ihrer Forderung, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die dem Bauarbeitersyndikat angehören, abzubringen.

Der portugiesische Eisenbahnerstreik.

Lissabon, 18. Januar. Der Streik der portugiesischen Eisenbahner hat an Ausdehnung nicht weiter zugenommen. Die Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Eisenbahngesellschaften sind gescheitert, und zwar deshalb, weil die Gesellschaften sich nicht zu den geringsten Konzessionen verstehen wollten. Gestern morgen wurde zum erstenmal seit Beginn des Streiks die Auslandspost nicht bestellt und es steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen der gesamte Postdienst nicht mehr regelmäßig funktionieren wird.

Schriftsetzerstreik in Warschau.

Warschau, 16. Januar. Nach dem Beispiel der Krakauer Schriftsetzer stellten die Schriftsetzer einiger hiesiger Zeitungen die Arbeit ein. Drei Zeitungen sind nicht erschienen.

Aussperrung in Südamerika.

Rio de Janeiro, 18. Januar. Ein Streik, der einzelne Zweige der Arbeiterschaft im hiesigen Hafen umfaßt, hat die Arbeitgeber veranlaßt, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Infolgedessen ist der Betrieb im Hafen lahmgelegt.

Der dritte Krupp-Prozeß.

In der Sonnabendsitzung des Krupp-Prozesses vor dem Oberkriegsgericht bemerkte der Angeklagte Zeugleutnant Tillan auf Befragen des Verhandlungsführers, er sei früher in der Feldzeugmeisterei beschäftigt gewesen und habe auf Ersuchen Brandts diesem über Veränderungen in der Bewaffnung, über Neuanschaffungen, Ausschreibung von Lieferungen und über Konkurrenzpreise Mitteilungen gemacht. Er habe nicht geglaubt, etwas Unrechtes zu begehen, da einmal Brandt über alles aufs genaueste unterrichtet war, da er ferner wußte daß es der Firma Krupp gegenüber ein militärisches Geheimnis nicht gebe und ganz besonders, weil das, was er mitgeteilt habe, im wesentlichen bereits im Militär-Wochenblatt und zum Teil auch in der Tagespresse veröffentlicht war. Es sei gesagt worden, ein ausländischer Generalstabsoffizier hätte durch Kenntnis dieser Dinge Schlüsse ziehen können, die einen großen Nachteil für das Reich haben würden. Da dies aber bereits durch die Presse veröffentlicht war, so hätte er keinerlei Bedenken gehabt. Brandt habe ihm oftmals die Zechen bezahlt und ihm auch kleine Darlehen bis zu 30 M. gegeben. Er habe es aber keineswegs als Bestechung aufgefaßt, zumal er die Darlehen prompt allmonatlich zurückgezahlt habe. Er habe sich im übrigen auch der Familie Brandt gegenüber in der er verkehrte, erkenntlich durch andere Geschenke.

Der Angeklagte Zeugleutnant Schleuder äußerte sich in ähnlichem Sinne. Er hatte keinerlei Bedenken, dem Brandt Mitteilungen zu machen, da diesem alles bekannt war. Auf Befragen bemerkte der Angeklagte, er sei zu Brandt niemals in Uniform gegangen. — Verhandlungsführer: Warum taten Sie das? — Angeklagter: Ich ging immer nur abends in die Wohnung des Brandt und das war zur Zeit, als die Arbeiter aus den Fabriken kamen. Man mußte durch den Osten Berlins, da wird man bisweilen gehänselt. — Verhandlungsführer: Brandt muß doch ein sehr eigentümlicher Mann gewesen sein, der eine weigert sich, mit Brandt ins Opernhaus zu gehen, der andere, mit Brandt in Uniform zu verkehren. — Angeklagter: Ich habe es für bequemer gehalten, in Zivilkleidung zu Brandt zu gehen.

Der Angeklagte Zeugleutnant Hinst bekundet ebenfalls, daß er keine Bedenken getragen habe, dem Brandt Mitteilungen zu machen, zumal seine Vorgänger dies getan hatten. Er gebe ebenso wie die anderen zu, daß er gegen den militärischen Gehorsam gefehlt habe; es habe ihm aber ferngelegen, irgend etwas zu verraten, was das Reich schädigen könne. Brandt habe ihm die Versicherung gegeben, daß die mitgeteilten Konkurrenzpreise niemals zur Erhöhung, sondern im Gegenteil zur Herabsetzung der Preise der Firma Krupp Veranlassung gäben. Im übrigen war das, was er mitgeteilt habe, ziemlich belanglos, da die Preise sich auf die Lieferungen bezogen, die nicht mehr weiter ausgeschrieben wurden. — Verhandlungsführer: Es ist festgestellt, daß Brandt an Zechen für Sie 150 M. und an barem Gelde 250 M. bezahlt hat. — Angeklagter: Das weiß ich nicht mehr genau; ich muß jedoch bemerken, daß ich zur Zeit geometrische Berechnungen für das Reichs-Kolonialamt gemacht und dafür 6 bis 7 M. täglich extra verdient habe. Brandt war dies bekannt und deshalb sagte er, er müsse mich für die für ihn aufgewendete Zeit entschädigen. Ich habe die Zechenbezahlung nicht als Bestechung aufgefaßt, sondern daß ein älterer gutsituierter ehemaliger Kamerad die Zeche bezahlt, das ist allgemein üblich. Im übrigen hätte ich einer anderen Firma diese Mitteilungen nicht gemacht. Es sind mehrere Firmen an mich in gleicher Weise wie Brandt herangetreten; ich habe es aber stets abgelehnt, auf Verbindungen einzugehen. — Verhandlungsführer: Die Kornwalzer, die Sie geliefert haben, sollen von außergewöhnlicher Bedeutung gewesen sein. Wollen Sie deshalb nicht die anderen Firmen, die Sie um Mitteilungen angegangen sind, nennen? — Angeklagter: Das kann ich vorläufig nicht tun. Ich will mit Bekannten darüber sprechen und werde darüber vielleicht am Montag Auskunft geben.

Angeklagter Tillan: Ich bemerke, daß an mich ebenfalls andere Firmen mehrfach herangetreten sind, ich habe aber stets jede Mitteilung abgelehnt. Ich will jedoch eine Firma nennen, es ist die Firma Witten. Wer ihr Vertreter war, kann ich nicht sagen; es war ein älterer Herr, der eines Tages auf dem Korridor an mich herantrat und mich um die Konstruktion von Geschossen befragte. Ich habe das sofort abgelehnt.

Es erscheint darauf Frau Brandt als Zeugin. Diese bekundet, ihr Mann sei augenblicklich im Sanatorium, er werde aber wohl als Zeuge erscheinen. Sie habe niemals die Auffassung gehabt, daß das, was ihr Mann den Angeklagten gegeben habe, Bestechungsgelder gewesen seien. Ganz besonders sei dies nicht der Fall gewesen bei dem Angeklagten Pfeiffer, mit dem ihr Mann in freundschaftlichster Weise verkehrt habe und der gewissermaßen sein Jugendfreund gewesen sei. — Auf Befragen der Verteidigung erklärt die Zeugin noch, einige der Angeklagten seien nach ihrer Entlassung einmal in ihrer (Brandts) Wohnung gewesen; sie hätten aber keinerlei Beeinflussungsversuche gemacht.

Polizeirat Koch vom Berliner Polizeipräsidium berichtet über die von seinen Beamten gemachten Beobachtungen. Auf die Frage eines Beisitzers, ob etwas über die Gespräche belauscht worden sei, bemerkt der Zeuge, das sei nicht der Fall. Die Zusammenkünfte hätten zumeist im Habsburger Hof stattgefunden und die Gespräche seien geheim geführt worden. An einigen der Zusammenkünfte soll auch ein Mann namens Witzenbach als Vertreter der argentinischen Republik teilgenommen haben. — Der Verhandlungsführer bedeutet dem Zeugen, daß er nicht direkt etwas behaupten dürfe, das er nicht selbst wahrgenommen habe; er könne doch nicht wissen, ob seine Beamten ihm richtig berichtet haben. — Zeuge: Wenn die Richtigkeit seiner Aussagen bezweifelt wird so müsse er bitten, daß seine Beamten vernommen werden.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich dann darüber, ob Brandt sofort als seine Quelle den Angeklagten Pfeiffer genannt habe. — Polizeirat Koch: Brandt hat auf die Frage, ob er seine Nachrichten aus dem Kriegsministerium erhalten habe, zunächst keinen Namen nennen wollen; als ihm aber gesagt wurde, er sei vielfach mit Pfeiffer beobachtet worden, hat Brandt zugegeben, seine Nachrichten von Pfeiffer erhalten zu haben. — Verteidiger Justizrat Dr. Barnau widerspricht dieser Aussage und beruft sich auf das Zeugnis des Rechtsanwalts Grasso und reicht auch seine stenographischen Notizen ein, nach denen der Polizeirat Koch in der Verhandlung vor der ersten Instanz ausgesagt hat, Brandt habe nicht sofort den Namen Pfeiffer genannt. — Polizeirat Koch: Jedenfalls hat die Untersuchung nichts ergeben für die Annahme, daß Brandt noch von anderen Beamten des Kriegsministeriums Berichte erhalten hat. — Beisitzer Oberstleutnant Budbecke: Ist es möglich, daß noch ein anderer Offizier aus dem Kriegsministerium mit Brandt Verkehr gehabt hat? — Zeuge Koch: Die Möglichkeit ist allerdings nicht ausgeschlossen. Jedenfalls hat aber Brandt seine Gewährsmänner, die sämtlichen Angeklagten mit Ausnahme von Dröse und Linke, genannt. — Verhandlungsführer: Wie kam man dann auf Dröse und Linke? — Zeuge: Durch die bei der Haussuchung in der Wohnung Brandts aufgefundenen Schriftstücke.

Der Verhandlungsführer läßt hierauf den Sitzungssaal räumen, da auf Beschluß des Gerichts bei der nunmehr folgenden Beratung der Kornwalzer „wegen Gefährdung der Staatssicherheit und der militärischen Interessen“ die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Aus aller Welt.

Autounglück.

Berlin, 19. Januar. An der Neuen Krugallee bei Treptow geriet gestern ein Automobil in die Schienen der Straßenbahn. Der Chauffeur drehte, da ein Straßenbahnwagen nahte, das Steuer nach rechts. Darauf gerieten die Hinterräder des Kraftwagens infolge des äußerst glatten Schneebodens ins Schleudern. Der hintere Teil des Wagens wurde mit einer derartigen Wucht gegen einen Baum geworfen, daß das Automobil in der Mitte förmlich durchschnitten wurde. Von den Insassen wurde die 32 Jahre alte Frau Kerber, deren Mann den Wagen lenkte, so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Der zehnjährige Sohn erlitt gleichfalls schwere äußere Verletzungen. Zwei andere Kinder der Eheleute kamen leichter davon.

Neue Eruptionen auf Sakurashima.

Tokio, 18. Januar. Aus Kagoshima wird gemeldet: Gestern kam es zu neuen schweren Eruptionen auf der Insel Sakurashima, welche die ganze Nacht hindurch andauerten. Ein großer Teil der Einwohner, die zurückgekehrt waren, flüchtete aufs neue in Panik. Der Wind trägt finstere Wolken von Staub und Asche aus dem Vulkan nach Süden.

Ein Rattensturm.

Neuyork, 18. Januar. Entsetzen herrschte gestern unter den Frauen Flushings, die schreiend in die Häuser flüchteten, ob des unerwarteten Besuchs, den ein Ratten- und Mäuseheer der Stadt abstattete. Eine riesige Flutwelle hatte die Tiere aus ihren Löchern in der Flushing-Bucht vertrieben und zu Tausenden ergoß sich der Rattenstrom in die Stadt, wo er sich besonders den Laden eines Kaufmanns als Zufluchtsort ausgesucht hatte. Schreiend flüchteten Käuferinnen und Verkäuferinnen, und auch dem männlichen Personal blieb nichts anderes übrig, als der großen Uebermacht das Feld zu räumen. Auch einem verstärkten Aufgebot gelang es nicht, die Tiere zu verscheuchen, und erst die herbeigerufene Feuerwehr war in der Lage, den Platz zu säubern. Immerhin wird man in Flushing noch lange gegen den kleinen Feind zu kämpfen haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eine Schutzhütte von einer Lawine verschüttet.

Innsbruck, 17. Januar. Das Hallerangerhaus der Alpenvereinssektion Schwaben (Stuttgart) im hintersten Kofel im Karwendelgebirge ist von einer Lawine vollkommen zerstört worden. Zwei Jäger, denen die Aufsicht über das Haus übertragen war, fanden dieses vollkommen zertrümmert vor.

Im Schneesturm gescheitert.

Paris, 18. Januar. Wie aus Cette gemeldet wird, hat sich dort gestern abend ein schweres Schiffsunglück ereignet. Die kleine Dampferschaluppe Marguerite Marie, auf der sich 15 Mann Besatzung befanden, scheiterte in einem furchtbaren Schneesturm. Die Rettungsboote wurden über Bord gespült. Die drahtlosen Hilferufe des Dampfers wurden von keinem Schiffe aufgenommen. Der Kapitän beschloß im Augenblick der höchsten Not, die ganze Besatzung in das noch übriggebliebene Rettungsboot steigen zu lassen und auf diese Weise zu versuchen, die Küste zu erreichen. Infolge des hohen Wellenganges schlug das Boot um. **Neun Personen ertranken**; die übrigen sechs mußten sich mehrere Stunden lang in dem eisigen Wasser an dem Rettungsboot festklammern, bis zufällig ein schwedischer Dampfer vorüberkam, der die Schiffbrüchigen aufnahm.

Sturmschäden.

Odessa, 18. Januar. Ein seit zwei Tagen wütender Sturm hat in den Häfen ernsten Schaden angerichtet. Der Schutzdamm des im Bau befindlichen Getreidehafens wurde zerstört und die Dampfer konnten nicht in See stechen. **Mehrere Schiffe stießen zusammen.** Die Eisenbahnzüge treffen mit großen Verspätungen ein.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Pferdewetten.

Der Kaufmann Friedrich Dubeck gab seit Anfang 1913 zwei periodische Druckschriften: „Der grüne Rasen" und das „11-Uhr-Sportblatt" heraus. Als Herausgeber war eine im Handelsregister nicht eingetragene Firma „Turfrevue" angegeben. Zweck dieser Zeitungen war, Sportlustige zum Abschluß von Wetten auf Pferderennen anzuregen. Auf dem Gerichtstische stand eine komplette Kontoreinrichtung mit einem nach dem Alphabet angelegten Verzeichnis von Wettlustigen aus ganz Deutschland. An deren Adressen versandte er „Spezialinformationen", sogenannte Tips. Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine Aufforderung zu Wetten im Sinne von § 3 des Totalisatorgesetzes, wobei es ohne Einfluß sei, ob die Wetten bei erlaubten oder unerlaubten Unternehmen angelegt würden. Der Verteidiger wies darauf hin, daß für den Fall einer Verurteilung D.s auch gegen manche große Zeitung vorgegangen werden müßte, die ebensolche Tips veröffentlichten. D. wurde wegen Vergehen gegen das Totalisatorgesetz zu 200 und wegen Vergehen gegen das Preßgesetz zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Im Uneinbringlichkeitsfalle treten für je 5 M. ein Tag Gefängnis.

Ein Ausreißer.

Der 19jährige Schreiber Eugen Alfred Bibke war gegen 60 M. Monatsgehalt bei der Sächsischen Versicherungsgesellschaft „Solidität" angestellt. Am 16. August sollte er bei der Allgemeinen Creditgesellschaft 1500 M. einzahlen, dazu erhielt er ein Bankbuch mit 2500 M. Einlage. Im Besitze des Geldes und Buches dampfte er damit ab. Er wollte nach Wien. Auf dem Hauptbahnhof angekommen, sah er, daß nicht gleich ein Zug nach Wien ging. Kurz entschlossen fuhr er nur nach Pirna und fing hier an zu wandern. In Berggießhübel bekam er Hunger und kehrte ein. Da der Wirt mit ihm ein Gespräch anfing, glaubte er, man müsse ihm seine Straftat ansehen. Voller Angst begab er sich auf den Rückweg. In der Nähe der Saloppe vergrub er Geld und Buch im Walde. Als er nach Dresden kam, wurde er festgenommen. Gerichtsarzt Dr. Oppe hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht und schildert ihn als geistig minderwertig und äußerst willensschwach. Von dem Gelde hatte er gegen 5 M. ausgegeben, das übrige kam wieder in die Hände des Eigentümers. Wegen Unterschlagung wurde B. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Als Heiratsschwindler

versuchte sich der Kohlenarbeiter Artur Richard Paul Haarfeld, der sich wegen Betrugs und Diebstahls zu verantworten hat. Der Angeklagte ist zwar verheiratet, lebt aber von seiner Frau getrennt. Ohne ihr etwas von seinem Ehestand zu sagen, knüpfte er mit einer Fabrikarbeiterin ein Liebesverhältnis an und versprach ihr die Ehe. Das Mädchen vertraute ihm und ging nicht nur intime Beziehungen ein, sondern lieh ihm auch 37 M. in verschiedenen Beträgen, wovon er 20 M. sich dadurch erschwindelte, daß er seiner „Braut" vorlog, er wolle für sie wegen ihres unehelichen Kindes einen Alimentationsprozeß durch einen Bekannten anstrengen lassen; das koste 20 M. Von einer Papierwarengeschäftsinhaberin verschaffte er sich 5 M. unter der Vorspiegelung, er wolle dieselben für sie in Wetten anlegen. Einer Arbeiterin versprach er gleichfalls die Heirat und wohnte bereits bei ihr. Von dieser erlangte er 10 M. Darlehen, und eines Tages stahl er dieser „Braut" aus dem Vertiko eine Damenuhr und einen Ring. Der in Haft befindliche Angeklagte wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Gastwirt und Gummiknüppel.

Zu dem Schenkwirt Oskar Alfred Kornau kam eines Tages der Arbeiter Ernst Gustav Adolf Fischer als Gast und verlangte den Wirt zu sprechen. Diesem machte er Vorwürfe darüber, daß er seiner Ehefrau (Fischer) wieder am Tage zuvor geborgt habe. Es kam darüber zu Streitigkeiten und Kornau verwies Fischer das Lokal. Trotz mehrmaliger Aufforderung machte Fischer dazu keine Anstalten und er wurde deshalb hinausgedrängt. Da auch das seine Schwierigkeiten hatte, rief der Schenkwirt nach dem Gummiknüppel, der sehr schnell zur Hand war. Damit versetzte er Fischer einige kräftige Schläge auf die Schulter und angeblich auch auf den Kopf. Der Schenkwirt erstattete Anzeige gegen Fischer wegen Hausfriedensbruch, mußte aber selbst mit wegen gefährlicher Körperverletzung auf der Anklagebank Platz nehmen. Er will in Notwehr gehandelt haben, obwohl er sich den Gummiknüppel extra bringen ließ. Da das Vorhandensein eines Gummiknüppels an sich schon ein verdächtiges Zeichen ist, erklärte er: „Ohne Ochsenziemer oder Gummiknüppel ist als Gastwirt gar nicht auszukommen." Das Gericht war natürlich ganz anderer Meinung und nahm die Gastwirte gegen diese Unterstellung in Schutz. Der Schenkwirt wurde zu 20 M., der Gast — weil er den Spektakel angefangen hatte — zu 30 M. Strafe verurteilt.

Militärgericht.

„Insubordination."

Der diensttuende Unteroffizier Hendrich kam am Abend des 28. November auf den Schlafsaal, um zu kontrollieren. Dabei fragte er, wer von den Mannschaften fehle. Darauf sagte der Ulan Pehold zu einem Kameraden: „Laß nur, das muß doch der Unteroffizier vom Dienst wissen, wer Nachtzeichen hat!" Der mit einer brennenden Zigarette im Munde im Schlafsaal stehende Unteroffizier (das Rauchen im Schlafsaal ist verboten) soll nach Angaben Peholds nun gesagt haben: „Halten Sie die Fresse, Sie Affe!" Darauf erwiderte Pehold: „Seit wann wird denn hier auf dem Schlafsaal geraucht, wo doch ausgegeben ist, daß hier nicht geraucht werden darf!" Auf einen Befehl des Unteroffiziers, den Mund zu halten, hat Pehold nicht geschwiegen, sondern noch gemurmelt. Das Standgericht verurteilte den im dritten Dienstjahr stehenden Soldaten mit Rücksicht auf die „schwere Disziplinverletzung" zu der exorbitanten Strafe von 28 Tagen strengen Arrests! Gegen das Urteil legte Pehold Berufung ein. Das Kriegsgericht hielt aber die Strafe für „durchaus angemessen" und verwarf das Rechtsmittel. Der Anklagevertreter hatte gebeten, hier hart zu strafen, da es bei der betreffenden Schwadron mehrere „Elemente" gibt, die zu Insubordinationen neigen.

Briefkasten.

T. K. Genosse Paland wurde am 18. 10. 1850 geboren und starb am 3. 8. 1891.

G. G. 1. Die Stellen sind frei. Sie können sich melden. 2. Der Gewinn ist 5000 M. ohne Unkosten und Auslagen. 3. Der Wohnungsanzeiger ist auf der Marienstraße gratis zu haben. Für Striesen, Gruna, Seidnitz erscheint ein besonderer Wohnungsanzeiger, der in verschiedenen kenntlich gemachten Ausgabestellen in Striesen zu haben ist.

Dresden. **Lebensmittelpreise** (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 15. Januar 1914. (Mitgeteilt vom Städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (½ kg): **Roggenmehl** Nr. I 18—20, hausbacken 16—18, Nr. 3 12—14; **Weizenmehl** Kaiserauszug 21—26, Grießlerauszug 20—23, Bäckermundmehl 20—21; **Nudeln**: Nr. I (Kaiserauszug) 40—65, Nr. II (Grießlerauszug) 30—40, Eiernudeln 45—55. **Brot** (½ kg): **Sagonia-Mühle-Hofbäckerei**, I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 12. — **Niedersedlitzer** I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 12. **Plauensches** I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 12. — **Fleisch und Fleischwaren** (½ kg): **Rindfleisch**: Brustfleisch 75—120, Bauchfleisch 70—100, Bratenfleisch, Keule 95 bis 140, Schoßfleisch 100—200, Lende, unausgeschält 100—140, Lende, ausgeschält 150—250; **Kalbfleisch**: Schnitzelfleisch 140 bis 250, Keule 90—140, übrige Teile 80—120; **Hammelfleisch**: Keule 100 bis 140, Koteletten 100 bis 150, Kochfleisch 90 bis 120. **Schweinefleisch**: Keule 85—120, Karree 95—140, Bauch 75—90, Knöchel 30—80, Rauchfl. 90—140; **Schinken**, im ganzen St. 100—130, im Aufschnitt 140—250, Speck, geräuchert 85—120, do. roh 75—90, Schweineschmalz 90—120, Schweineschmalz, ausländ., 80—85, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 60—140, Leberwurst 65 bis 140, Cervelatwurst 120—240. **Geflügel (geschlachtet)**: Gänse (½ kg) 80—100, **Enten** (St.) 350—650, Kapaunen 300—500, Truthähne (St.) 700—1500, Truthühner (St.) 600—900, Perlhühner (St.) 250—400, Hühner, alte (St.) 200—400, Hühner, junge (St.) 100—350, Tauben (St.) 50—130. — **Wildbret**: Hasen im Fell, (Stück) 350—500, gespickt (Stück) 300—525, Hirschwild, Kochfleisch (½ kg) 40—60, Hirschkeule (Stück) 1500—3000, Hirschrücken (Stück) 1500—3000, Rehkeule (St.) 450—900, Rehrücken (Stück) 500—1500. — **Wildgeflügel**: Fasanen (St.) 200—450, Birkhähne (St.) 300-350, Birkhühner (St.) 200—300, Haselhühner (St.) 130—180, Schneehühner (St.) 120—160, Schnepfen (St.) 350-500, Wildenten (St.) 100-300. — **Lebende Fische u. Schaltiere**: Barsche (½ kg) 60—90, Bunte Fische (Backfische) (½ kg) 60—80, Forellen (St.) 80—400, **Hechte** (½ kg) 120—150, Karpfen 90—110, Zander 150 bis 200, Schleien 130—180, Aale 175—220, Welse 100—120, Hummer 360—425. **Fischwaren**: a) frische: (½ kg) Backfische 22—70, Schellfische 35—75, Seeaal 40—50, Seelachs 25—40, Heilbutt 90—150, Rotbarsch 28-35, Knurrhahn 24—30, Hechte 90—120, Kabeljau 22—60, Rotzungen 60—120, Goldbutt 30—80, Zander 80—180, Schleien 80—100, Rheinlachs 400—500, Weserlachs 250—300, Seezungen 150—300, Silberlachs 120-250, Steinbutt 100-225, Heringe, grüne (½ kg) 25-35; b) gesalzene und geräucherte (Stück): Matjesheringe 15—25, Vollheringe 6—12, Pöklinge 7—15, Sprotten (½ kg) 80—140. — **Gemüsewaren**: Blumenkohl (Stück) 0—50, Rosenkohl (½ kg) 30—50, Rotkraut (Stück) 10-40, Weißkraut (Stück) 6-40, Weißkraut, Wirsing (Stück) 10-40, Grünkohl (½ kg) 10-15, **Spinat** (½ kg) 15-20, Karotten (15 Bund) 50—120, Karotten (½ kg) 8—10, Kohlrüben (Stück) 5—15, Teltower Rübchen (½ kg) 5—8, Rote Rüben (15 St.) 40—60, Teltower Rüben (½ kg) 6—8, Kohlrabi (St.) 4—, (½ kg) 30—35, Weiße Rüben (½ kg) 6—8, **Radieschen (Bündchen)** 4—5, Meerrettich (Stück) 15—40, Schwarzwurzel (Bündchen) 8—10, Sellerie (Stück) 5—10, Spargel, franz. (½ kg) 240, do. engl. (St.) 70—100, Endivien, fremder 15—25, Kopfsalat, fremder (½ kg) 10—12, Rhabarber ausländischer (Bund) 10—15, do. fremde (St.) 35-40, Paradiesäpfel (½ kg), Gurken (Salat-) ausländische (St.) 150—250, **Sauerkraut** (½ kg) 6—8. — **Saure Gurken** (St.) 6—, 50—70. — **Pilze** (½ kg): Champignons 140—180, Steinpilze, getr. 300—, Morcheln, getr. 300-400. — **Trockene Gemüse** (½ kg): Bohnen 18—, Erbsen, geschält 18—22, Erbsen, ungeschält 20—26, **Graupen** 18—44, Hafergrütze 20—30, Buchweizengrütze 26—35, Heidengrütze 24—35, Hirse 15—28, Reis 17—50. — **Gemüsekonserven** (½ kg): Stangenspargel 18—40, 70—125, Erbsen, mittel 30—60, Bohnen 25—50. — **Obst, Süd- und Gartenfrüchte**: Aepfel, inländ. (½ kg) 15—60, do. ausländ. (½ kg) 20—60, do. amerikanische 35—70, Birnen, inländische (½ kg) 20—, Haselnüsse (½ kg) 50—120, Walnüsse (½ kg) 45—70, Weintrauben, ausländische (½ kg) 60—120, do. ausländische (Treibh.) 250—, Apfelsinen (½ kg) 20—50, **Mandarinen** (St.) 6—10, Datteln (½ kg) 35—140, Feigen (½ kg) 25—120, Korinthen (½ kg) 38—60, Rosinen (½ kg) 100—220, Rosinen (½ kg) 35—100, Zitronen (St.) 5—. — **Trockenes und eingemachtes Obst** (½ kg): Aepfel 50—90, 32—100, Kirschen 40—90, Mischobst 35—80, Pflaumen 30—, Prünellen 70—100, **Pflaumenmus** 28—45, **Marmelade** 28—, eingekochte Preißelbeeren mit Zucker 35—60, eingekochte, ohne Zucker 45—55. — **Molkereiprodukte** (l): Vollmilch 22—25, Sahne, Magermilch 10—12, Zentrifugen-Magermilch 12, Molkereibutter (½ kg) 128—170, Landbutter (½ kg) 130—140, Koch- und Backbutter (½ kg) 115—130, Quark (½ kg) 20—23, Sahnenkäse (½ kg) 120—180, Magermilchkäse (½ kg) 30—50, Schweizerkäse (½ kg) 95—140. **Margarine** (½ kg) 60—100. **Eier**: Tageseier (Stück) 12-15, Landeier (15 Stück) 160—180, fremde (15 St.) 110—. **Kartoffeln**, inländische (50 kg) 280—350, do. (½ kg) 4. — **Honig** (½ kg) 100—200.

Teleph. 14 380 [A 39] Laisenstr. 7

Täglich! Tymians Thalia Theater!

Görlitzer Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Sonnt. 3 Vorstell.

Sonntags 11 Uhr Fideler Frühschoppen m. Vorstellg. 15, 25 u. 35 Pf. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee.

Vorzugskarten Wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Die technischen Wunder unserer Zeit:

?

Amerika-Europa im Luftschiff!

Erste Fahrt: Freitag den 23. Januar

Die neueste Sauerstoff-Heilmethode.

Vanadeson, Vanadieserum (Injektion), **Phosphor-Vanadeson, Vandoform** usw., konzentrierte wässerige Lösungen von Sauerstoff abladenen Chloratsalzen mit einem ungiftigen Vanadiumsalz. Die mächtige Wirkung beruht auf der Spaltung der Chlorate in Chlorid und **Sauerstoff** durch das Vanadium bei Berührung mit Alkalien (Eiweiß, Bazillen usw.). Die Mittel sind Erzeuger von **Ozon** im großen Maßstabe. Die Nahrung wird prompt ausgenutzt, Magen und Darm verdauen vollständig, das Blut vermehrt sich sehr schnell, die Körperkräfte erstarken, der Stoffwechsel wird normal; zugleich vernichtet der aktive Sauerstoff durch Zersetzung die alkalischen Krankheitsgifte. Die Methode ist neu, von Kliniken und **Aerzten** genau geprüft und liefert bisher nie gekannte Resultate.

Die Gebiete sind: 1. **Blutschwäche, Schwäche der Kinder** und **Greise** (Herzmuskelschwäche). 2. **Magen- und Darmleiden** (Appetitlosigkeit, chronische Durchfälle usw.). 3. **Tuberkulose, Bronchitis**, die Folgen von Syphilis; durch Vernichtung der Toxine und Bazillen, die erhöhte Kraft des **Blutes** und den starken Appetit. 4. **Nervenleiden** (75% der **Neurasthenie**), **chron. Rheumatismus, Veitstanz**, bestimmte Fälle von **Zuckerharnruhr**, Nierenleiden nach Infektionskrankheiten. Aerztliche Broschüre **gratis**. 1 Fl. für einen Monat M. 10.00 durch die Apotheken, wo nicht, durch das ärztl. geleitete **Vanadium-Depot Köln-Lindenthal**, Theresienstraße 34. Vanadiol ist Nachahmung. Niederlage Dresden: Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8. [A 18]

Ehrenerklärung.

Ich habe Herrn **C. L. Schöwitz** in Kemnitz b. Dr.

Bad zur Erholung

ohne alle Veranlassung schwer beleidigt. Ich erkläre hiermit, daß mir dies sehr leid tut und warne vor Weiterverbreitung von unwahren Behauptungen.

Kemnitz b. Dr., d. 12. Jan. 1914.

K 168] **Josef Boutel.**

Wohnung

Stube u. Kammer, zu bez. 1. April **Burgk Nr. 21**, Heidefeldchen.

Am 17. Januar früh verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann

Max Junghans

Dies zeigt tiefbetrübt an

B4455] **Selma Junghans**

Riesaer Straße 44, I.

Die Beerdigung erfolgt Dienstag, nachm. 2¼ Uhr auf dem Pieschner Friedhof.

Sozialdemokr. Verein für den 4. Kreis. Gruppe 1.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Freitag den 16. Januar, abends 6 Uhr, unser Genosse

Gustav Lippmann

verschieden ist. **Ehre seinem Andenken!** [V 34]

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Dienstag den 20. Januar, nachm. 3 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

Heinrich Fuhrmann, Schlosser

am 17. Januar verstorben ist. [V 112]

Die Beerdigung findet am 20. Januar, nachm. ½3 Uhr, auf dem Gorbitzer Friedhof statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß am Sonnabend früh unser lieber Vater **Johann Karl Heinrich Fuhrmann** unerwartet aus dem Leben schied.

Gorbitz, 19. Januar. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Brauerstraße 5, aus statt. [B 4454]

Unentgeltl. Stenographie-Unterricht

B 4401] (System Arends)

beginnt Sonnabend den 24. Jan., abends 9 Uhr, im Restaur. Chemnitzer Hof, Zahnsgasse 31. Unterrichtsdauer 10 Stund. Lehrmittelpreis 2 M. **Arendsscher Stenographen-Verein Apollobund.**

Heiser-keit, Husten usw. lindern man durch **Schokoladen-Herings echte Kaukasus-Bonbons**, ¼ Pfd. 25 Pf. Probebeutel 10 Pf. [A 106

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/8
SLUB Wir führen Wissen. gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichstag.

(20. Sitzung.) Sonnabend, den 17. Januar, vormittags 11 Uhr.

Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Durchführung von Klagen gegen die Abgg. Schiffer (Z.), Davidsohn (Soz.) und Behrens (Wirtsch. Vg.) versagt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats für das

Reichsamt des Innern.

Abg. **Gothein** (Vp.) beantragt, die Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik getrennt zu verhandeln, und zwar zuerst die Sozialpolitik.

Abg. **Scheidemann** (Soz.) schließt sich dem an.

Abg. **Gröber** (Z.) hält es für richtiger, zuerst die Wirtschaftspolitik zu verhandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Gothein angenommen. Für die Vorausbesprechung der Wirtschaftspolitik stimmen unter großer Heiterkeit der Linken nur die Konservativen, da das Zentrum einschließlich des Abg. Gröber sitzen bleibt.

Abg. **Robert Schmidt** (Soz.):

Einige allgemeine Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik, die in enger Verbindung mit der Sozialpolitik stehen, möchte ich doch vorausschicken. Der gegenwärtigen Zeit der außerordentlich starken Depression des gesamten Erwerbslebens ist eine Zeit glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges vorausgegangen. Aber dank unserer nationalen Wirtschaftspolitik haben die Arbeiter und die kleinen Erwerbstreibenden keinen Vorteil von dem wirtschaftlichen Aufschwung gehabt. Interessant für den Einfluß, den unsere Hochschutzzöllner ausüben, ist die Geschichte des Ankaufes des „Lokal-Anzeigers". (Präsident **Kaempf**: Ich möchte Sie doch ersuchen, sich an den Beschluß des Hauses zu halten!) Ich meine doch, daß der große Einfluß, den die wirtschaftlichen Interessengruppen, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte, auf unsere Sozialpolitik haben, hier nicht außer acht gelassen werden darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Zentralverband Deutscher Industrieller versucht systematisch, eine große Anzahl von Preßorganen in seine Dienste zu ziehen, und Einfluß auf die Presse dadurch zu gewinnen, daß er literarische Bureaus einrichtet und die gesamte Presse mit seinen literarischen Erzeugnissen beliefert. Zu dieser Beeinflussung der Regierung und der öffentlichen Meinung gehört auch der Versuch des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, den „Lokal-Anzeiger" in seinen Besitz zu bekommen. Es wird berichtet, daß der Reichskanzler persönlich an die großindustriellen Kreise herangetreten sei mit dem Wunsche, man möge dem Verlag Scherl die nötigen 10 Millionen Mark zuführen, damit er nicht etwa in die Hände von Ullstein oder Mosse falle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Umwege wählt die Regierung, um ihre Interessen durch Vermittelung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu vertreten. Aus diesem Vorgang erklärt sich auch die Stellung des „Lokal-Anzeigers" während des Krupp-Prozesses und während der Zaberner Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was ist nun während der Periode des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges der Arbeiterschaft für Nutzen zuteil geworden? **Das Arbeitsverhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter ist genau so betrübend wie vorher; ihre rechtliche Lage ist ebenso unerträglich, und die Art der Behandlung, die unsere deutschen Landarbeiter zu ertragen haben, führt zu fortgesetzten Beschwerden und zur Flucht der Arbeiter aus ihrer Heimat.** Die Großgrundbesitzer mögen sich nicht darüber täuschen, daß sie auf die Dauer die deutsche Landarbeiterschaft nicht entbehren können. Sie werden auch aus Rußland nicht mehr den Zuzug bekommen in dem Maße, wie die russische Landwirtschaft sich entwickelt und die Arbeiter selbst braucht. — Und wie steht es mit den Industriearbeitern? Nur in schweren Kämpfen haben die Arbeiter durch ihre Gewerkschaft hier und da Vorteile errungen. Ich verweise auf die Lage der Bergarbeiter. **Ein unerhörter Druck lastete auch während des wirtschaftlichen Aufschwunges auf den Bergarbeitern des niederschlesischen Bezirks. Im Laufe von 8 Monaten des Jahres 1912 sind 2000 Bergarbeiter aus diesem Bezirk ausgewandert vor allem, weil die Maßregelungen, die Bevormundung der Arbeiter unerträglich wurde.** Nur dem energischen Vorgehen des Bergarbeiterverbandes war es zu verdanken, daß schließlich die Bergbehörde genötigt war, ihre strengen Maßnahmen einzustellen. Dazu kommt, daß der Lohn dieser Arbeiter weit geringer ist als z. B. der der Arbeiter im Dortmunder Bezirk. Wie traurig die Verhältnisse liegen, beweist die Tatsache, daß 142 Kinder in diesen Familien ohne Betten, auf Lumpen oder Stroh, schlafen müssen; die Säuglingssterblichkeit ist dort geradezu erschreckend, sie beträgt im Kreise Waldenburg 30,9 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da hat man es als unberechtigt bezeichnet, daß die Bergarbeiter in den Streik traten, um diese elenden Verhältnisse zu beseitigen. Der beste Lohn, der im deutschen Bergbau überhaupt gezahlt wird, ist 5,48 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nirgends ist der Lohn so erhöht worden, daß die Erhöhung einen Ausgleich bietet für die Preissteigerung sämtlicher Bedarfsartikel, die überall 10 Proz. beträgt. Das beweist, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung nur den **Kapitalisten** zugute gekommen ist, und daß eine Berufsschicht, wie die der Bergarbeiter, **die mit andauernd schwerer Arbeit belastet ist, keinen** Vorteil davon gehabt hat.

Was aber ist sozialpolitisch in dieser Periode des guten Geschäftsganges geleistet worden? Da sehen wir nur ein außerordentlich zögerndes Vorgehen, ja einen Stillstand, und hier und da sogar einen Rückgang. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und andere Unternehmerorganisationen haben ihren Einfluß in der Presse benutzt, um ständig für den Stillstand in der Sozialpolitik Stimmung zu machen. Ein charakteristisches Zeichen für diesen Stillstand ist das vollständige Beiseiteschieben **des Beirats für Arbeiterstatistik, der seit Jahr und Tag nicht mehr zusammenberufen** worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In seinen Erhebungen über die Lage im Fuhrwerksbetriebe hat er 16- bis 17stündige Arbeitszeit ohne jede regelmäßige Mittagspause festgestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist ein Eingreifen seitens der Regierung geboten. Auch in der Binnenschiffahrt hat der Beirat für Arbeiterstatistik eine überaus lange Arbeitszeit und das Fehlen jeder Nachtruhe festgestellt. Nur auf dem Rheine ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit eine Regelung der Nachtruhe eingetreten. Ihre Einführung ist also möglich. Nicht nur die Angestellten, sondern auch der Bund der Schifferinnungen, also Unternehmer, fordern eine mindestens fünfstündige Nachtruhe, das Reichsgesundheitsamt eine solche von 6 Stunden. Wenn gerade die kleinen Betriebe die Nachtruhe für durchführbar halten und sie fordern, so braucht man doch auf die Großbetriebe sicherlich nicht Rücksicht zu nehmen. Es ist doch ungeheuerlich, daß eine Arbeiterschicht sich gegen Zustände wenden muß, bei denen eine 31- und 36stündige Arbeitszeit die Regel ist, ja wo in einem Fall sogar eine 70stündige Arbeitszeit festgestellt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erhebungen über die Zustände in der Großeisenindustrie sind dem Beirat nicht in die Hand gegeben worden; diese sind vom preußischen Handelsminister selbst veranlaßt worden. Man scheint eben die Arbeit des Beirats als unangenehm zu empfinden. Man müßte den Beirat so ausgestalten, daß er über alle sozialpolitischen Fragen Erhebungen zu veranstalten hat, nicht nur über die Arbeitszeit. Als Gutachter und zur Auskunftserteilung müßten vor allem auch die Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. In der aktuellen Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen hat die deutsche Regierung auf der Berner Konferenz sich leider auf den rückständigen Standpunkt gestellt, der Schutz sei nur bis zum 16. Jahre auszudehnen. Wir wünschen, daß die Regierung in diesem Jahre auf der Konferenz eine andere Stellung einnehmen und sich nicht nach den Weisungen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller richten möge. Bedauerlich ist, daß wir in bezug auf den Schutz der Jugendlichen so viele Ausnahmen zugelassen haben. In der Glashüttenverordnung zum Beispiel tritt die Anschauung hervor, die Nachtarbeit der Jugendlichen sei gar nicht zu entbehren. Die Arbeiter stehen ausnahmslos auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Das Heimarbeitergesetz besteht seit zwei Jahren. Aber noch immer wird den Heimarbeitern nicht eine Aufstellung über den ihnen zukommenden Lohn und ein Lohnbuch gegeben. Soll denn die Schlamperei in den großen Betrieben mit Hunderten und Tausenden von Heimarbeitern für eine innere Notwendigkeit erklärt werden? **In den gesundheitsschädlichen Betrieben hätte man mit Hilfe des Gesetzes eingreifen müssen. Nichts ist geschehen. Nur für das Tabakgewerbe ist eine Verordnung erlassen worden, in der aber erlaubt wird, Tabak in Wohn- und Schlafräumen zu zupfen, und in der der Luftraum von 10 auf 7 Kubikmeter herabgesetzt ist.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle sanitären Einrichtungen für den Heimarbeiter sind dadurch wieder in Frage gestellt. Die Heimarbeit in der Tabakindustrie müßte vollständig verboten werden. Die Arbeiter würden dadurch nicht beschäftigungslos werden, sondern die Unternehmer müßten zu einer anderen Betriebsform übergehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aehnlich liegt es in manchen Zweigen der Glasfabrikation, zum Beispiel bei der Herstellung der Christbaumschmuckgläser. Bei der Beratung des Heimarbeitergesetzes wiesen wir auf die in England eingerichteten Lohnkommissionen hin. Damals sagte man, man müßte erst den Erfolg dieses Versuches abwarten. Jetzt, nach zwei Jahren, dürfte doch die Zeit der Erwägungen vorüber sein, und man sollte der Einrichtung von Lohnkommissionen und Fachausschüssen nähertreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Außerordentlich gefährdet sind die Arbeiter, die mit Bleiweißfarben zu tun haben. Eine Enquete aus dem Jahre 1907 zeigt, wie ungeheuer oft diesen Arbeitern jede Gelegenheit fehlt, sich vor dem Essen zu reinigen. Dabei ist der einzige Schutz vor der Ansteckung die peinlichste Reinlichkeit. Fehlt diese, so gibt es kein anderes Mittel, als das völlige Verbot der Verwendung von Bleiweiß. Vor allem muß dies Verbot in der Heimindustrie ausgesprochen werden. — Im Baugewerbe ist die Zahl der Unfälle ganz außerordentlich groß. Die freien Gewerkschaften haben auf der Bauarbeiterschutzausstellung gezeigt, wie es möglich ist, durch Schutzvorrichtungen die Unfallzahl herabzumindern. Hier genügen aber nicht Unfallverhütungsvorschriften, sondern sie müssen auch kontrolliert werden. Und dazu fordern die Arbeiter die Mitwirkung von Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — In die Gastwirtsverordnung müßten auch die Hotelboten, die im Fahrstuhl Beschäftigten einbezogen werden. Es ist doch wirklich eine geringe Forderung, ihnen diesen minimalen Schutz zu gewähren. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß eine Art passive Resistenz im Reichsamt des Innern vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite sehen wir, wie man Gesetzgebung und Rechtsprechung zugunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu beeinflussen sucht. Den Unternehmern ist gestattet, in ihren Verbänden Zwang auf die Außenstehenden auszuüben; die Arbeiter werden wegen Erpressung verurteilt, wenn sie versuchen, von dem ihnen gewährleisteten Recht der Koalition Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Arzt, der einen anderen als Streikbrecher bezeichnet, wird freigesprochen; von demselben Oberlandesgericht wird ein Arbeiter wegen des Gebrauchs des Wortes „Streikbrecher" verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da hofft das Zentrum noch immer, daß, wenn das Strafgesetzbuch verschärft wird, Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig davon betroffen werden. Nie hat die Rechtsprechung auf einem so tiefen Niveau gestanden, wie gegenwärtig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Zeit des Sozialistengesetzes hatten die Richter wenigstens das Gesetz für sich, heute aber finden wir die deutliche Absicht, im Interesse einer bestimmten Klasse die Rechtsprechung dienstbar zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dr. Paasche**: Diese generelle Behauptung dem deutschen Richterstande gegenüber kann ich nicht zulassen.

Abg. **Schmidt** (fortfahrend): Wenn ich sie generell ausgesprochen haben sollte, so will ich mich berichtigen. Es wäre allerdings sehr traurig um Deutschland bestellt, wenn nicht auch in Richterkreisen sich der Ekel geltend machte gegen diese einseitige Rechtsprechung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn später und rascher als ich es gekennzeichnet habe, kann sich die kapitalistische Ausbeutung nicht gebärden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Doormann** (Vp.): **Weder von einem überstürzten Tempo der Sozialpolitik noch von einer Stagnation auf diesem Gebiete kann meines Erachtens die Rede sein.** Tatsächlich ist in der Praxis der Sozialpolitik noch nie soviel gearbeitet worden, wie in den beiden letzten Jahren. **Allerdings muß Verwunderung erregen, daß einzelne Fragen noch immer nicht weitergekommen sind, z. B.** die Regelung der Arbeitszeit in den Wasch- und Plättanstalten und bei der Feuerwehr. In der Binnenschiffahrt freilich unterschätzt der Vorredner die Schwierigkeiten. **Auf der Oder sind es gerade die kleinen Schiffer, die sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wenden. — Gegen die Berufskrankheiten sollte mehr als bisher geschehen. Das Tarifrecht bedarf dringend der Regelung. Wir sind für jeden stetigen Fortschritt in der Sozialpolitik zu haben und sind der Ueberzeugung, daß in der Hand des jetzigen Staatssekretärs die Sozialpolitik gut aufgehoben ist.** (Bravo! bei der Volkspartei.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 2 Uhr.

Schluß: 2¾ Uhr.

Versammlungen.

Arbeiterturner. Am 11. Januar fand im Volkshaus die sechste (zum Geschäftsjahr 1913 gehörige) Bezirksturnratssitzung statt. Auch diesmal lagen wieder einige Turnverbote für Fortbildungsschüler vor. Man ist sich darin einig, in allen Fällen richterliche Entscheidung zu fordern. In den Gemeinden, in denen von den Fortbildungsschülern ein Genehmigungsgesuch für Turnstundenbesuch verlangt wird, soll diesem Verlangen stattgegeben werden, aber irgendwelche Beschränkungen sind entschieden abzuwehren, die Turngenossen sollen sich beschwerdeführend an den Gemeinderat wenden. Ueberhaupt sollen die Turngenossen mit den Gemeindevertretern in steter Fühlung bleiben, die die Interessen der Arbeiterschaft wahren. Dem verunglückten Turngenossen Scherf wird ein erhöhter Mietbeitrag bewilligt. Der Bundesverwaltung gegenüber haben sämtliche Vereine ihre Verpflichtungen erfüllt. — Ueber die Agitation ist zu berichten, daß der F.-Kl. Meußlitz und ein neuer Verein in Borlas gewonnen wurden. Das Kinderturnen hat in einigen Ortschaften gute Erfolge gezeitigt. Es ist um einige Abteilungen erweitert worden. Derartige Abteilungen können aber nur dort ins Leben gerufen werden, wo sich einwandfreie Turnstätten befinden. Ein Verbot kann nicht erfolgen, wenn sich die Eltern der Kinder zu Vereinigungen zusammenschließen. Die Militärverbotstafeln hat man verschiedenerorts wieder angewandt. Kein Verein darf sich das gefallen lassen. Neugründungen von Vereinen stehen bevor, einige Vereine sind im Begriff, sich Plätze zu erwerben. — Turntage finden statt: In der 1. Gruppe am 31. Januar, in der 2., 3., 4. und 8. Gruppe am 1. Februar, in der 5. Gruppe am 18. Januar, in der 6. Gruppe hat er stattgefunden, in der 7. Gruppe am 8. Februar. Auf allen Turntagen wird die Bezirksverwaltung vertreten sein. Der Neustädter Verein (8. Gruppe) ist in dem Langebrückersdorfer Verein aufgegangen. — Revisionen sind in den Vereinen von den Gruppenverwaltungen vorzunehmen, damit die Buchführung in allen Vereinen geordnet bleibt. — Ueber die Zusammensetzung der Bezirksverwaltung findet eine lebhafte Debatte statt. Man ist sich darin einig, daß eine Anstellung zurzeit nicht erfolgen kann, ein Bezirkskonsum soll, wie in anderen Städten, in die Wege geleitet werden. Darüber wird jedoch der Bezirksturntag Beschluß fassen. — 1915 soll ein Bezirksfest stattfinden. Vorschläge für einen geeigneten Platz sind an den Bezirksvorsitzenden abzugeben. Nächste Sitzung (außerordentliche) am 9. Februar. (Eing. 13. 1.)

Leuben. Genosse Reichstagsabgeordneter **Kühle** sprach in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die am 10. Januar im Gasthof zu Leuben stattfand, über „Die Eroberung der politischen Macht". Der Referent gab eine allgemeinverständliche Darstellung der Ziele und des Wesens des Sozialismus. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse seiner Ausführungen. Die Versicherung des Vorsitzenden, weitere derartige Vorträge von verschiedenen Rednern für unseren Bezirk halten zu lassen, wurde beifällig aufgenommen.

Lockwitz. Am Sonntag den 11. Januar fand im Unteren Gasthofe in Lockwitz die Generalversammlung der Freien Turner der Dresdner Südostvororte (Lockwitz, Lunn und Leuben) statt. Turngenosse Ehrhardt gab einen eingehenden Bericht über die Vereinstätigkeit. Der Verein zählte am 31. Dezember 1912 346 Mitglieder, am Ende des Jahres 1913 406. Aus den Berichten der einzelnen Abteilungen ging hervor, daß zwar gute Fortschritte gemacht wurden, daß aber die Zukunft und noch heiße Kämpfe um die Jugend bringen wird. So hat sich uns in Lockwitz ein Verein nationaler Jugendpflege entgegengestellt, der eifrig bestrebt ist, die Jugend für sich zu gewinnen. Man will auch in der Fortbildungsschule den Turnunterricht einführen, um dann das Verbot für die in Vereinen turnenden Fortbildungsschüler auszusprechen. Wir werden aber trotz aller Abtreibungsversuche auch in Zukunft für unsere Jugend sorgen. — Nach dem Kassenbericht steht der Einnahme von 6547,28 M. eine Ausgabe von 6060,52 M. gegenüber, wonach ein Kassenbestand von 486,76 M. verbleibt. Der gesamte Vermögensbestand beträgt 3026,41 M. Dem Berichte des Vereinsturnwarts ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 4700 Mitglieder an 90 Abenden turnten. Im Durchschnitt entfallen 52 Mitglieder auf jede Turnstunde in drei Turnlokalen. Von weiblichen Turnern waren durchschnittlich 26 Mitglieder in 52 Turnstunden und zwei Turnlokalen beteiligt. Der Verein verfügt über 11 geprüfte Vorturner und nahm an 19 Turnfahrten teil. Wettspiele wurden an 48 Wochentagen und 50 Sonntagen 153 veranstaltet. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde unser langjähriger Vorsitzender, Turngenosse Ehrhardt, einstimmig wiedergewählt. An Veranstaltungen kommen für das laufende Jahr 1914 zwei Gruppen-Familienabende, einer am 24. Oktober in Nickern, der zweite am 9. November in Mügeln, weiter ein Stiftungsfest, Spiel- und Sportfest, Tagespartie, Tanzabend und Rekrutenabschied in Betracht. Die Diäten für Gruppen-Turnratsmitglieder wurden auf 1,50 M. exklusive Fahrgeld festgesetzt. Dem Kassierer wurde ½ Prozent Vergütung gewährt. Den Berichten folgte eine kurze Debatte. (Eing. 14. 1.)

Bezirk Cossmannsdorf, Gruppe Höckendorf. Am 11. Januar fand im Gasthof Höckendorf die monatliche Mitgliederversammlung statt. Stadtverordneter Genosse Fischer-Dresden sprach über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Parlamenten" und ging dabei ausführlich auf die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Gemeinderat ein. Mancher Gemeindevertreter hätte da Aufklärung über verschiedene Angelegenheiten erfahren können, aber leider waren nur zwei erschienen, die anderen glänzten, wie immer, durch Abwesenheit. Die Versammlung war überhaupt schlecht besucht, was auch der Referent mit Recht rügte. Den Kreisvorstandsbericht gab Genosse Körner. In der Debatte erklärte sich Genosse Zimmermann damit einverstanden, daß am 1. Mai keine Demonstrationsumzüge in unserem Bezirke abgehalten würden. Auch war man damit einverstanden, daß im März nochmals eine Hausagitation veranstaltet werden soll. Ins Wahlkomitee des 13. ländlichen Wahlkreises wurde Genosse Zimmermann gewählt. Unter Allgemeinem erklärte Genosse Zimmermann, es sei ein Trauerspiel, daß von 290 Mitgliedern nur 15 anwesend seien, das zeuge von einer großen Interesselosigkeit. Er forderte die Anwesenden auf, unermüdlich zu agitieren. Keiner dürfe sich durch etwaige Hindernisse abschrecken lassen, Parteiarbeit zu leisten. Dann wurden noch einige innere Angelegenheiten besprochen. Die nächste Versammlung findet im Dorfhain statt. Lokal und Datum werden durch Handzettel bekanntgegeben. (Eing. 14. 1.)

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion Fliesenleger. Am 6. Januar fand die Generalversammlung im Volkshaus statt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Jakob. Er führte aus, daß wir das verflossene Jahr zum Teil gut nennen könnten. Auch blieben wir durch größere Arbeitslosigkeit verschont. In Tarifangelegenheiten hatte die Leitung wenig zu tun. Der Mitgliederbestand war zu Anfang des vorigen Jahres 50, am Ende des Jahres 67. Der Versammlungsbesuch konnte als mittelgut bezeichnet werden. Der Arbeitsnachweis wird von den Kollegen rege in Anspruch genommen, aber vielfach wird das Abmelden unterlassen. Die Debatte ergab, daß man mit der Tätigkeit der jetzigen Leitung im allgemeinen zufrieden war. Den Kartellbericht erstattete Kollege Jakob. In die Leitung wurden, da Kollege Diege aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, als erster Obmann Kollege Jakob, als zweiter Kollege Glänzel und als Schriftführer Kollege Braunn, und als Kartelldelegierter wurde Kollege Schröter gewählt. Den Arbeitsnachweis versehen die Kollegen Jakob, Kretschmar und Streller. Im Gewerkschaftlichen wurde auf die Arbeitslosenunterstützung eingegangen und bemängelt, daß im ganzen Stadtgebiet Dresden nur eine Meldestelle errichtet worden sei. Kollege Barth führte aus, daß aus finanziellen Gründen der jetzige Zustand beibehalten werden müsse. Die Beitragsmarke erhöht sich infolge der Unterstützung in Dresden um 10 Pf. Alle arbeitslosen Kollegen haben sich dreimal in der Woche im Bureau zu melden. Auf dem letzten Verbandstag ist beschlossen worden, nicht mehr 40, sondern 44 Wochen Beitrag zu erheben. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, sich rege am Stiftungsfest, das am 17. Januar im Volkshaus stattfindet, zu beteiligen. (Eing. 15. 1.)

Der Deutsche Arbeiterstenographenbund, System Arends, hielt am 11. Januar 1914 im Restaurant Kielmannsegg eine gut besuchte Bezirksversammlung ab. Vertreten waren außer Dresden Leuben, Ottendorf, Radeberg, Radeburg und Königsbrück. Der Bezirksleiter Schüpe referierte zunächst über die Aenderung unserer Schrift, die vom 1. Januar 1914 zur Durchführung kommt. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, in der nächsten Zeit neue Unterrichtskurse zu veranstalten und werden die Lokale und der Beginn der Kurse in der Dresdner Volkszeitung bekanntgegeben. Auch brieflicher Unterricht wird erteilt. Auskunft gibt der Bezirksleiter P. Schüpe, Hübndorfer Straße 7, I. (Eing. 16. 1.)

6. Kreis, 18. Bezirk. In der Gruppenversammlung vom 11. Januar berichtete Genosse Träger aus dem Kreisvorstand, daß der Ort Zöllmen, der bisher zum 5. Bezirk gehörte, sowie der Ort Steinbach aus Zweckmäßigkeitsgründen unserem Bezirk angegliedert worden. Für den 18. ländlichen Landtagswahlkreis wurde der bisherige Abgeordnete, Genosse Fleißner, wieder in Vorschlag gebracht. Dem Beschluß der Kleinen Zentrale, für Groß-Dresden ein Bildungssekretariat zu errichten, wurde zugestimmt. Im März findet in Dresden, im Volkshaus, eine Konferenz der Gemeindevertreter statt. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. ein Referat über die Wohnungsfürsorge. Interessenten können daran teilnehmen. Zur Maifeier in unserem Bezirk wurde beschlossen, den Nachmittags-Demonstrationszug dieses Jahr wegfallen zu lassen, dafür Abendkommerse in Oberhermsdorf und Zaukerode abzuhalten. Zum Kreisrevisor wurde an Stelle des Genossen Weise-Wurgwitz, der verzogen ist, Genosse Emil Pauls-Wurgwitz vorgeschlagen. In das Wahlkomitee für den 17. ländlichen Wahlkreis wurde Genosse Kotzte-Kesselsdorf gewählt. Am 22. Februar und am 1. März finden Führungen durch das Albertinum statt. Führung: Genosse Menzer. Genosse Menz-Potschappel gibt einen Bericht über die Benutzung der Arbeiterbibliothek im Plauenschen Grunde und fordert die Anwesenden zu fleißigerer Benutzung der Bibliothek auf. Donnerstag den 5. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Gasthof zu Kohlsdorf ein Unterhaltungsabend, Lieder zur Laute und Rezitationen, statt. Das Programm ist sehr reichhaltig. Eintritt 30 Pf. Desgleichen findet am Nachmittag eine Kindervorstellung statt. Eintritt 10 Pf. Anwesend 38, darunter drei weibliche, Mitglieder. (Eing. 17. 1.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140119/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Handel und Industrie.

Börse.

Durch Gewinnglattstellungen zum Wochenschluß machte sich einiges Angebot geltend, doch die Haltung der Berliner Sonnabend-Börse blieb fest. Die Erwartung, daß bei den leichteren Geldverhältnissen eine weitere Diskontermäßigung bald zu erwarten sei, regte die Unternehmungslust an, es entwickelte sich im weiteren Verlauf ein lebhafteres Verkehrsleben auf verschiedenen Marktgebieten. Für Montanwerte stimulierte man mit der kleinen Preisbesserung, die für verschiedene Produkte an der Düsseldorfer Montanbörse zu verzeichnen waren, günstigen Eindruck machte ferner die aus London gemeldete Kurssteigerung der englischen Konsols. Unverändert blieb der Privatdiskont, 3⅝ Prozent.

Brauerei-Aktien.

Aus dem Interesse der Spekulation für verschiedene Brauerei-Aktien werde in der letzten Zeit mehrfach gefolgert, daß in der Brauerei-Industrie wieder eine lebhaftere Fusionsbewegung einsetzen werde. Im Berliner Brauerei-Gewerbe leitet die Schultheiß-Brauerei nun durch die Aufnahme von zwei anderen Brauereien den Verschmelzungsprozeß ein. Der Aufsichtsrat der Schultheiß Brauerei schlägt die Aufnahme der Berliner Union-Brauerei und der Spandauer Bergbrauerei vor. Neben der bedeutenden Erweiterung der eigenen Betriebe hat in den Vorjahren die Schultheiß auch mehrere andere Betriebe übernommen, so zuletzt im Jahre 1910 die Brauerei Pfeiffer-hof in Breslau. Gegenwärtig wird der Absatz der Schultheiß Brauerei auf etwa 1,6 Millionen Hektoliter geschätzt, die Union-Brauerei dürfte einen Absatz von 130 000 Hektoliter und die Spandauer Bergbrauerei von etwa 120 000 Hektoliter haben. Nach dem gemeldeten Umtauschverhältnis der Aktien bei der Uebernahme dieser beiden Unternehmungen müßte die Schultheiß-Gesellschaft ihr Kapital um 2,8 Millionen Mark erhöhen müssen. Angaben über den Umfang der Kapitalsvermehrung werden jedoch noch nicht gemacht. Zurzeit beträgt das Kapital der Schultheiß-Brauerei 14 Millionen Mark. Auch in anderen Gegenden sind anscheinend Vorverhandlungen über die Verschmelzung von Bierbrauereien schon eingeleitet, wie aus Andeutungen mehrerer Organe anzunehmen ist, insbesondere legt man kleineren und mittleren Brauereien nahe, bei den günstigen Aussichten der Brauerei-Industrie für das Jahr 1914 die Gelegenheit zu Vereinigungen mit einem Großunternehmen nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen.

35 Prozent Kurssturz. Am Sonnabend ist der Kurs der Aktien der Norddeutschen Steingutfabrik von 221 Prozent auf 166 Prozent gefallen. Anlaß zu diesem Kurssturz um 55 Prozent an einem Tage gab die Nachricht, daß die Gesellschaft für das Jahr 1913/14 mit einer erheblichen Schmälerung der Erträgnisse, wahrscheinlich sogar mit einem völligen Ausfall der Dividende rechne. Für das Jahr 1912/13 war eine Dividende von 24 Prozent verteilt worden, die Dividende des Jahres 1911/12 hatte sogar 27 Prozent betragen. Mit der schlechten Lage des Baumarktes will die Verwaltung den radikalen Umschwung ihrer Ertragsverhältnisse begründet wissen. So gewiß man die außerordentlich ungünstige Baukonjunktur die Gewinnergebnisse auch der Norddeutschen Steingutfabrik beeinträchtigte, mit dieser Konjunkturverschlechterung allein läßt sich der rapide Gewinnrückgang nicht erklären. Verschuldeten nicht besondere Ereignisse den auffälligen Umschlag der Rentabilität, so kann nur angenommen werden, daß die inneren Verhältnisse des Unternehmens äußerst schwach geworden sind.

Reichsbankstatus und Diskontermäßigung. Nach dem Reichsbankausweis vom 15. Januar 1914 ist in der letzten Woche eine Besserung von 343,1 Millionen Mark zu verzeichnen, es ist eine steuerfreie Notenreserve von 150,4 Millionen vorhanden, während am 7. Januar eine Steuerpflicht von 193,7 Millionen Mark bestand. In der Vergleichszeit des Vorjahres bestand eine Steuerpflicht von 399,8 Millionen. Der Metallbestand hat sich um 70 Millionen und die sonstige Notendeckung um 20,95 Millionen Mark vermehrt. Der Wechselbestand verminderte sich um 274 Millionen gegen 296 Millionen im Vorjahr, doch hat das Reich etwa 46 Millionen Mark höhere Rückzahlungen gemacht als im Vorjahr. Indes ist die Inanspruchnahme der Reichsbank durch das Reich insgesamt in diesem Jahr viel höher als im Vorjahre. Die Mittel werden für Arbeiten und Lieferungen verwendet, zu deren Bezahlung der Steuerbeitrag dienen wird. Da in England die Geldverhältnisse gleichfalls besser geworden sind und eine Erwähnung der Zinssatz der Bank von England auf 4 Prozent in Aussicht steht, wächst die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Herabsetzung des Diskonts der deutschen Reichsbank.

Gründung eines internationalen Tiefdruck-Syndikats. Nachdem bei der Anwendung des Tiefdruckverfahrens einem bedeutenderen Umfang angenommen, so erfolgt auch schon die internationale Syndizierung der Interessenten. Es Firmen und Gesellschaften, die an Tiefdruck Interesse genommen haben, schlossen sich der Frankfurter Zeitung zufolge zu einem internationalen Tiefdruck-Syndikat zusammen. Eine Verkaufs- und Berechnungs-Zentrale wurde unter der Firma Tiefdruck-Syndikat, G. m. b. H., in Berlin, ins Leben gerufen.

Vereinskalender für Dienstag.

Transportarbeiter-Verband. Sektion der Platzarbeiter. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus, Zimmer 4 und 5. Verband der Sattler und Portefeuiller, Dresden. Abends 8½ Uhr Generalversammlung im großen Volkshaussaale.

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund, Ortsgruppe Dresden. Abends 8½ Uhr Uebungsabend im Bahnschlößchen.

Victoria-Salon

12 Tango-Tänzerinnen; Larch Family, ikarische Spiele auf Pferden; Eine Vision mit der amerikan. Opernsängerin Elsa Gareil; Monsieur Bellow, Mentaphonist; General Bumm; Adonis; Welta Bratz; Arlette und Kara; Luise Prinz; Elsa

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 u. 8 Uhr.

Theater-Tunnel Künstler-Ensemble „Sieger". Anfang ½8, Sonntags ½5 Uhr.

In dieser Woche: Ganz enorm reduzierte !!Preise!!

HERZFELD

Dresden am Altmarkt

Telef. 21797, 22501 u. 18008
Telegramm-Adresse: Warenhaus Herzfeld-Dresden

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Benützen Sie die enormen Vorteile, die Ihnen unser

Inventur-Ausverkauf

mit seinen sensationell billigen Preisen bietet!

Butter billiger!
Extrafeine Teebutter
das Beste, was es gibt [A 182
M. 1.35 das Pfund.
Feinste Tafelbutter
M. 1.25 das Pfund.
Butter-Nieke
nur Webergasse 23.

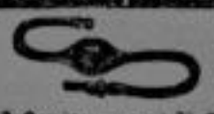
Hygienische Frauen-Artikel
Gummiwaren, Menstruationspulver, Frauenöle, Mutterspritzen, Spülformer, Leibbinden.
Größte Auswahl. 10 Pfg. Rabatt
Arnsleben, Wallstr. 4

Aufpolstern sowie Neuanfertigung von
Sofas und Matratzen
billigst. [K854
Soldner, Leipziger Straße 246.
Bekannt solide Arbeit.

Sohlenleder, Ausschnitt
Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel
Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Absätze, Gummifitt und Lederfitt. [L 1021
Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17, gegenüber dem Konsum.

Zum Einbinden gebrachte Bücher
wolle man in spätestens 3 Wochen wieder abholen
Die Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10.

Eine neue Haut erhält man unmerklich für die Umgebung durch „Peter Philipp Schuppenspiritus", dieser schält die alte Haut mit ihren Unreinigkeiten (Pickel, Mitesser, Flecken, Falten, Sommersprossen usw.) schmerzlos ab und läßt eine junge, zarte, sammetweiche Haut zum Vorschein kommen. Flasche Mk 1.20 u. 1.75 Lieferbar: Schwanen-Kamillen, Dresden: Marienapotheke, Altmarkt, und Hofapotheke, Schloßstraße, und alle Apotheken.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbind., Menstruationspulver, Vorfallbind. u. Hygien.
Frauen Artikel
Katalog gratis. Auf Verl. 10 Pfg. Rabatt
Frau Heusinger
37 Am See 37
Erster Laden von
Dippoldiswaldaer Platz.
Genau auf Namen und Hausnummer achten.

Stubenvögel
haben fast alle Milben, welche nicht nur lästig, sondern auch sehr gefährlich sind. Sie verursachen das Ausfallen der Federn, Heiserkeit, Abzehrung der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Tiere sind zu beseitigen oder vorzubeugen durch [A 1[illegible]
„Extur-Vogelsand"
Büchsen 25 Pf. Zu haben in den Drogerien
Empfehl: Artur Berchard, Dresden-A., Am Markt 5.

Erstes Kulmbacher

Möbel in mod. Schaufensterdecke gemalt, bezieht man am vorteilhaft. Fr. a. Wilsdruff: **Hildebrand.** Eigene Tapezierwerkstätten. [K 11

Strohhutmaschine-Näherinnen
für feine Eigengeflechte, in und außerhalb des Hauses sucht zu höchsten Löhnen in dauernde Beschäftigung
V. Kronheim
A 182] Seidnitzer Strasse 9.

Bäckerlehrling findet Eltern 1914 unt. pers. Leitung gute Schule. Joh. Hermsdorf, Radebeul, Schumannstraße 7

Anerkannte u. concurrenzlose
Haare
verkauft man direkt an die Haar-Manufaktur Schloßstraße 19, I.

Metallbetten an Private. Katalog frei. Holzrahmenmatratzen, Kinderbett. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Durchaus tüchtiger
Laborant
für Schaumseifen sofort gesucht. Waschfabrik [K 154 Hauboldt & Richter, G. m. b. H. Radebeul, Fabrikstraße 24.

Gewerbliche 15- und Fertigmaschinen
Reinigen . . . 1 M.
Neue Feder . . 1 M.
Neue Uhren u. Ketten
enorm billig, weil Ersparnis der Ladenmiete. [K 1098
Uhrklicker, Annenstr. 26.